

Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

137. Sitzung

Hannover, den 16. Januar 2008

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 1:

Besprechung:

Einsetzung eines 20. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/4066 - Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/4083 - Beschlussempfehlung des Ältestenrats - Drs. 15/4114 - Unterrichtung - Drs. 15/4136 - Bericht des 20. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses - Drs. 15/4370..... 16445

und

Tagesordnungspunkt 2:

Erste Beratung:

Konsequenzen aus den Fehlern beim Vergabeverfahren für das Baulos 1 beim Projekt JadeWeserPort in Wilhelmshaven - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/4366 16445

Heike Bockmann (SPD), Berichterstatterin..... 16446

Gerd Ludwig Will (SPD) 16449

Jörg Bode (FDP)..... 16454, 16457, 16472

Enno Hagenah (GRÜNE)..... 16457, 16463 bis 16472

Hermann Dinkla (CDU)..... 16459

Stefan Wenzel (GRÜNE)..... 16464, 16465

Wolfgang Jüttner (SPD) 16466, 16467, 16469

Dr. Philipp Rösler (FDP)..... 16466

Walter Hirche, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr..... 16467

David McAllister (CDU) 16470, 16471

Beschluss..... 16473

(Direkt überwiesen am 14.09.2007;

Zweite Beratung: 128. Sitzung am 17.10.2007

Vom Präsidium:

Präsident	Jürgen Gansäuer (CDU)
Vizepräsident	Ulrich Biel (SPD)
Vizepräsidentin	Ulrike Kuhlo (FDP)
Vizepräsidentin	Silva Seeler (SPD)
Vizepräsidentin	Astrid Vockert (CDU)
Schriftführer	Lothar Koch (CDU)
Schriftführerin	Georgia Langhans (GRÜNE)
Schriftführer	Wolfgang Ontijd (CDU)
Schriftführerin	Christina Philipps (CDU)
Schriftführer	Friedrich Pörtner (CDU)
Schriftführerin	Isolde Saalmann (SPD)
Schriftführerin	Bernadette Schuster-Barkau (SPD)
Schriftführerin	Brigitte Somfleth (SPD)
Schriftführerin	Irmgard Vogelsang (CDU)
Schriftführerin	Anneliese Zachow (CDU)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Christian Wulff (CDU)	Staatssekretär Dr. Lothar Hageböling, Staatskanzlei
Minister für Inneres und Sport Uwe Schünemann (CDU)	Staatssekretär Wolfgang Meyerding, Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport
Finanzminister Hartmut Möllring (CDU)	Staatssekretärin Cora Hermenau, Niedersächsisches Finanzministerium
Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit Mechthild Ross-Luttmann (CDU)	Staatssekretärin Dr. Christine Hawighorst, Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kultusminister Bernhard Busemann (CDU)	Staatssekretär Hartmut Sager, Niedersächsisches Kultusministerium
Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Walter Hirche (FDP)	Staatssekretär Joachim Werren, Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Minister für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Hans-Heinrich Ehlen (CDU)	Staatssekretär Friedrich-Otto Ripke, Niedersächsisches Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Justizministerin Elisabeth Heister-Neumann	Staatssekretär Dr. Jürgen Oehlerking, Niedersächsisches Justizministerium
Minister für Wissenschaft und Kultur Lutz Stratmann (CDU)	
Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP)	Staatssekretär Dr. Christian Eberl, Niedersächsisches Umweltministerium

Beginn der Sitzung: 10.02 Uhr.

Präsident Jürgen Gansäuer:

Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 137. Sitzung im 48. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 15. Wahlperiode und kann bereits jetzt die Beschlussfähigkeit feststellen.

Zwei Abgeordnete haben heute Geburtstag, nämlich die Kollegin Alice Graschtat

(Beifall im ganzen Hause)

und Herr Steinecke.

(Beifall im ganzen Hause - Zurufe von der SPD: Der ist im Bundestag!)

- Ja, aber das kann ich nicht akzeptieren; denn die Verwaltung hat mir das so aufgeschrieben.

(Heiterkeit)

Aber trotzdem gratulieren wir ihm herzlich!

(Beifall im ganzen Hause)

Zur Tagesordnung. Die Einladung und die Tagesordnung für diesen Tagungsabschnitt liegen Ihnen gedruckt vor.

Wir behandeln nach unseren Vereinbarungen im Ältestenrat in diesem Tagungsabschnitt lediglich den Abschlussbericht des 20. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses und den dazu eingereichten Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Ich halte Sie für damit einverstanden, dass wir dabei von folgenden Redezeiten ausgehen, die im Ältestenrat einvernehmlich beschlossen worden sind: für die Berichterstatterin 9 Minuten, für die Fraktion der CDU 18 Minuten, für die Fraktion der SPD 22:30 Minuten, für die Fraktion der FDP 9 Minuten, für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 13:30 Minuten und für die Landesregierung - unter Maßgabe der verfassungsrechtlichen Gegebenheiten - 9 Minuten. - Ich stelle fest, dass das Haus mit diesem Verfahren einverstanden ist.

Die heutige Sitzung soll gegen 11.20 Uhr beendet sein.

An die rechtzeitige Rückgabe der Reden an den Stenografischen Dienst - bis spätestens 23. Januar - wird erinnert.

Es folgen geschäftliche Mitteilungen durch die Schriftführerin.

Schriftführerin Bernadette Schuster-Barkau:

Guten Morgen! Für heute haben entschuldigt: von der CDU-Fraktion Frau Jahns und Herr Kemmer und von der SPD-Fraktion Herr Schack.

Präsident Jürgen Gansäuer:

Vielen Dank. - Meine Damen und Herren! Ich rufe nun die Punkte 1 und 2 vereinbarungsgemäß zusammen auf:

Tagesordnungspunkt 1:

Besprechung:

Einsetzung eines 20. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/4066 - Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/4083 - Beschlussempfehlung des Ältestenrats - Drs. 15/4114 - Unterrichtung - Drs. 15/4136 - Bericht des 20. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses - Drs. 15/4370

und

Tagesordnungspunkt 2:

Erste Beratung:

Konsequenzen aus den Fehlern beim Vergabeverfahren für das Baulos 1 beim Projekt JadeWeserPort in Wilhelmshaven - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/4366

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Landtag hat in seiner 128. Sitzung am 17. Oktober 2007 den Beschluss gefasst, zur Aufklärung des Vergabeverfahrens für den JadeWeserPort den 20. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Dieser Untersuchungsausschuss hat seinen Bericht gemäß Artikel 27 Abs. 5 unserer Verfassung in der Drucksache 4370 vorgelegt und damit seine Arbeit beendet. Die genannte Drucksache enthält - wie bekannt - zusätzlich den Minderheitsbericht der Ausschussmitglieder der Frak-

tion der SPD und des Ausschussmitgliedes der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Ich eröffne die Beratung. Mit der Berichterstattung ist die Kollegin Bockmann betraut. Bitte sehr, Sie haben das Wort!

Heike Bockmann (SPD), Berichtersterterin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Streit um den Bauauftrag für den Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven hat seit Monaten in diesem Landtag für Wirbel gesorgt. Die Kosten für dieses Jahrhundertprojekt der Länder Bremen und Niedersachsen belaufen sich immerhin auf 1 Milliarde Euro.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang eine Vorbemerkung: Im 20. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum JadeWeserPort hat kein Zeuge und kein Ausschussmitglied diesen Hafen jemals infrage gestellt.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ganz im Gegenteil! Politik und Fachwelt waren sich einig, dass dies ein Stück Zukunft für unser Land Niedersachsen ist. Diese Zukunft muss möglichst schnell kommen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wenn wir die Historie des JadeWeserPorts chronologisch kurz skizzieren, ergibt sich folgendes Bild: Anfang April berichten die Medien über die fristlose Entlassung des Technischen Leiters des JadeWeserPorts. Er soll zu enge Kontakte zu einem der Bewerber um den Bauauftrag gehabt haben.

Am 27. April vergibt die Realisierungsgesellschaft den Auftrag von rund 480 Millionen Euro an ein Konsortium um den Essener Baukonzern Hochtief. Die unterlegene Bietergemeinschaft mit dem Papenburger Bauunternehmen Bunte kündigt rechtliche Schritte gegen diese Entscheidung an. Schon zwölf Tage später, also am 9. Mai, beantragen Bunte und Partner die Überprüfung dieser Entscheidung bei der Vergabekammer in Lüneburg. Einen Monat später gibt die Vergabekammer den Klägern in Teilen recht und verlangt eine erneute Prüfung des Bunte-Angebotes. Außerdem soll die Realisierungsgesellschaft prüfen, ob im Hochtief-Angebot alle Kosten enthalten sind.

Am 29. Juni 2007 teilt die JadeWeserPort-Realisierungsgesellschaft mit, dass nach erneuter Prüfung das Konsortium um Hochtief das wirtschaftlichste Angebot vorgelegt habe und den Auftrag erhalten solle. Noch am selben Tag wird es Bunte zu bunt, und Bunte reicht beim Oberlandesgericht Celle eine Klage ein, um eine endgültige Entscheidung zu erhalten, um diesen Streit zu beenden. Und das mit Erfolg! Am 5. September schließt das Gericht in Celle das Konsortium um Hochtief vom Vergabeverfahren für den JadeWeserPort aus.

Nachdem sich am 11. September 2007 der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr sowie der Ausschuss für Haushalt und Finanzen dieses Landtages mit den Vorgängen befasst hatten, beantragten die Mitglieder der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen unter dem 14. September 2007 die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Auf der Grundlage einer modifizierten und ergänzten Fassung wurde der 20. Parlamentarische Untersuchungsausschuss dann mit einstimmigem Landtagsbeschluss vom 17. Oktober, also von allen Fraktionen getragen, eingesetzt.

Bereits zwei Tage später, am 19. Oktober 2007, fand die erste, die konstituierende Sitzung dieses Ausschusses statt. Startschuss für die Sachaufklärung war der 29. Oktober vor Ort in Wilhelmshaven. In der Folgezeit fanden 21 Sitzungen - meist ganztägig; zum Teil dauerten sie bis zu elf Stunden - statt. In diesen Sitzungen vernahm der Untersuchungsausschuss 27 Zeugen und - die Bemerkung sei mir erlaubt - Herrn Dr. Henning Scherf.

(Heiterkeit)

- Diejenigen, die dabei gewesen sind, werden mich verstehen.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Das war das Kulturprogramm!)

Vier Zeugen - unter ihnen Herr Holtermann - erschienen mehrfach.

Der Ausschuss fasste 19 Beweisbeschlüsse. Die jeweiligen Beweiserhebungen fanden, wie in Artikel 27 Abs. 3 Satz 1 der Niedersächsischen Verfassung vorgesehen, grundsätzlich in öffentlicher Sitzung statt. In zwei Fällen wurde ein Zeuge zusätzlich noch in einer nicht öffentlichen Sitzung vernommen, weil dabei auf Unterlagen Bezug ge-

nommen wurde, die als Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse eingestuft worden waren.

Zur Aufklärung der Vorgänge sind 400 Aktenordner sowie diverse DVDs ausgewertet worden. So wurden Akten nicht nur von den beteiligten Ministerien und sonstigen Stellen der Niedersächsischen Landesregierung beigezogen, sondern auch von der bremischen Landesregierung, den privatrechtlich organisierten JadeWeserPort- und den bremenports-Gesellschaften, der Vergabekammer in Lüneburg, dem Vergabesenat des Oberlandesgerichts Celle und dem Niedersächsischen Landesrechnungshof. Der Umfang der Akten stellte dabei große Anforderungen an alle Beteiligten. Deshalb danke ich an dieser Stelle den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ministerien und vor allem allen Ausschussmitgliedern für die geleistete Arbeit.

(Beifall im ganzen Hause)

Auf einen Aspekt möchte ich im Zusammenhang mit der Aktenauswertung besonders eingehen, nämlich auf die besonderen Schwierigkeiten damit, dass tatsächliche oder zumindest behauptete Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der betroffenen Firmen zu berücksichtigen waren. Insbesondere die Bremer Landesregierung verlangte, weite Teile der von ihr übersandten Akten wegen Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen nur in vertraulicher Sitzung zu behandeln. Eine überzeugende Begründung haben wir trotz Nachfrage niemals erhalten. Auch eine Auflistung der eventuell betroffenen Schriftstücke war aus Bremen nicht zu bekommen. Dieses Verhalten, das quasi einen Ausschluss der Öffentlichkeit bedeutet hätte, wurde vom Untersuchungsausschuss einhellig kritisiert und als spürbar erschwerend für seine Arbeit angesehen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

In vielen Fällen konnte der Ausschuss wichtige Schriftstücke, z. B. beim Vorhalten bei Zeugenvernehmungen, nur verwenden, wenn ein Doppel in niedersächsischen Akten vorhanden war. Dies erforderte aber zusätzlichen Arbeitsaufwand für die Mitglieder des Untersuchungsausschusses und deren Zuarbeiter. Hinzu kommt, dass die Ausschussmitglieder einer erheblichen Unsicherheit in strafrechtlicher Hinsicht ausgesetzt sind, wenn sie die Bremer Kriterien falsch anwenden. Dies ist - erlauben Sie mir diese Wertung - nicht akzeptabel.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Die demokratische Streitkultur in dem Untersuchungsausschuss ist aber durch diese Bremer Besonderheit besonders gefördert worden. Auf Vorschlag des Kollegen Hagenah, mit besonderer Unterstützung der Kollegen Dinkla und Will, hat sich der gesamte Ausschuss einmütig vor den Kollegen Bode gestellt. Die Bremer Senatskanzlei hatte mit Datum vom 6. Dezember das angebliche Zitieren vertraulicher Unterlagen durch Herrn Bode gerügt. Herr Bode hatte aber diese Unterlagen aus den freigegebenen - damit wird das Problem deutlich - niedersächsischen Akten zitiert. Das ist der Senatskanzlei in Bremen in einem Schreiben der Vorsitzenden ausdrücklich klargemacht worden.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich erwähne dies aus drei Gründen, erstens weil alle Ausschussmitglieder die Auffassung vertreten haben, dass dieses Problem einer grundsätzlichen Klärung in der nächsten Legislaturperiode bedarf, zweitens weil laut aktueller Presseveröffentlichungen Bremen sich gegen eine angebliche Buhmannrolle wehrt - der 20. Untersuchungsausschuss hat lediglich Wert auf ein höchstes Maß an Öffentlichkeit gelegt - und drittens weil - hier muss ich leider sehr deutlich werden - sich kein Ausschussmitglied verholtern lassen wollte.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wie erwähnt, hat sich der Untersuchungsausschuss inhaltlich mit den Umständen befasst, wie das Vergabeverfahren für einen wesentlichen Teil der Bauleistungen für den in Wilhelmshaven geplanten JadeWeserPort abgelaufen ist. Im Einzelnen ergeben sich die dem Untersuchungsausschuss gestellten Aufgaben aus dem Einsetzungsbeschluss vom 17. Oktober 2007 und finden sich auch in den Ihnen vorliegenden Berichten wieder. Deshalb mag ich hier nur eine kurze Darstellung der Schwerpunkte der Ausschussarbeit geben.

Zunächst hat der Ausschuss die Frage untersucht, unter welchen Umständen die beteiligten privatrechtlichen JadeWeserPort-Gesellschaften gegründet worden sind und wie es zu der inhaltlichen Ausgestaltung der Gesellschaftsverträge gekommen ist.

Hierzu wurden insbesondere Mitglieder der damals amtierenden Landesregierungen in Niedersachsen und in Bremen als Zeugen vernommen. Wesentlicher Schwerpunkt der Beweiserhebungen durch

den Untersuchungsausschuss war die Frage, wie es in den JadeWeserPort-Gesellschaften zu der Entscheidung gekommen ist, den Bauauftrag an die Bietergemeinschaft unter der Führung der Firma Hochtief Construction AG vergeben zu wollen. Besonderes Augenmerk widmete der Ausschuss dabei den Fragen, welcher Kenntnisstand jeweils bei der Niedersächsischen Landesregierung vorgelegen hat und ob von dort Einflussnahmen auf das Vergabeverfahren erfolgt sind. Hierzu wurde eine Vielzahl von Zeugen vernommen, deren Aussagen zu einem erheblichen Teil voneinander abwichen. Einige Zeugen schienen besonders fantasievoll zu sein.

(Heiterkeit)

Über diese Widersprüche haben die Ausschussmitglieder größtenteils keine Einigung erzielt. Die Einzelheiten der unterschiedlichen Bewertungen finden sich jeweils in dem Abschlussbericht und in dem Minderheitsbericht und werden auch Gegenstand der sich anschließenden Redebeiträge hier im Plenum sein.

Die Vereidigung von Zeugen war deshalb auch Thema im Ausschuss. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Meineid beinhaltet immerhin eine Strafandrohung von drei Monaten bis zu fünf Jahren. Diese relativ hohe Strafe wird im Strafgesetzbuch auch für gefährliche Körperverletzung oder Aufstachelung zu Angriffskriegen angedroht - nur um einmal aufzuzeigen, in welchem strafrechtlichen Bereich wir uns hier bewegen. Bis auf wenige Ausnahmen haben andere Bundesländer die Kompetenzen ihrer Untersuchungsausschüsse per Gesetz geregelt - Niedersachsen nicht. Das ist ein Fehler, der in der nächsten Legislaturperiode korrigiert werden sollte. Denn unabhängig davon, ob Vereidigung möglich sein sollte oder nicht, ist es bei dieser hohen Strafandrohung eines Rechtsstaates unwürdig, auf klare gesetzliche Regeln zu verzichten.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Jetzt komme ich wieder zu Gemeinsamkeiten. Übereinstimmung besteht bei den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses in der Einschätzung, dass die Bremer Seite mit Nachdruck versucht hat, eine Auftragsvergabe an die Bietergemeinschaft Hochtief durchzusetzen. Weiter haben Ausschussmehrheit wie Ausschussminderheit erklärt, die Vernehmung weiterer Zeugen oder die erneute Vernehmung bereits vernommener Zeugen wäre in

Betracht gekommen, wenn weitere Zeit zur Verfügung gestanden hätte. Aufgrund der bevorstehenden Neuwahlen und der auf den heutigen Tag terminierten Plenarsitzung hat man von solchen weiteren Beweiserhebungen aber Abstand genommen. Wesentliche Ergebnisse lassen sich nach Auffassung aller Fraktionen auch jetzt schon feststellen. Insoweit kann die Aufgabe des 20. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses als erfüllt angesehen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser 20. Parlamentarische Untersuchungsausschuss hat in dieser kurzen Zeit nur deshalb so erfolgreich arbeiten können, weil so viele Menschen professionell und engagiert mitgearbeitet haben.

Deshalb danke ich zum Schluss meiner Ausführungen dem Stenografischen Dienst.

(Beifall im ganzen Hause)

Die Protokolle vom Vormittag zum Teil schon abends auf dem Rechner zu haben, das war eine organisatorische Meisterleistung. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall im ganzen Hause)

Der Dank des Ausschusses und mein persönlicher Dank gelten ebenso den anderen Mitarbeitern der Landtagsverwaltung.

(Beifall im ganzen Hause)

Die Vorbereitung, Betreuung und Nachbereitung der Ausschusssitzungen sind von Frau Lütjering und Herrn Dr. Enste optimal umgesetzt worden. Besser hätte es gar nicht sein können.

(Beifall im ganzen Hause)

Auch ihnen gebührt von daher herzlicher Dank.

Viele Problemlösungen sind - ich habe es vorhin ausgeführt - in einem Untersuchungsausschuss schwierig, weil es hierfür keine Gesetze gibt. Mit guter parlamentarischer Praxis, Urteilen von Gerichten, der Niedersächsischen Verfassung und anderen Entscheidungsgrundlagen hat uns der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst hilfreich unter die Arme gegriffen. Ich danke Herrn Winkelmann und Herrn Dr. Kannengießler ganz herzlich dafür, dass sie den Ausschussmitgliedern bis in die späten Abendstunden hinein juristisch mit Rat und Tat zur Seite gestanden haben.

(Beifall im ganzen Hause)

Ohne öffentliche Resonanz wäre ein Untersuchungsausschuss sinnlos. Presse, Funk und Fernsehen haben sehr ausführlich über die Ausschussarbeit berichtet. Ich danke den Journalistinnen und Journalisten für die ausführliche Berichterstattung. Die Sitzungen waren zum Teil sehr lang. Sie mussten uns nehmen, wie wir sind. Das haben wir mit ihnen auch getan.

(Beifall im ganzen Hause)

Der 20. Parlamentarische Untersuchungsausschuss legt Ihnen mit der Drucksache 15/4370 gemäß Artikel 27 Abs. 5 Satz 1 der Verfassung seinen Abschlussbericht vor. Der Abschlussbericht der Ausschussmitglieder der Oppositionsfraktionen ist in dieser Drucksache ebenfalls enthalten. Ich denke, die unterschiedliche Bewertung liegt in der Natur der Sache.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, seit 60 Jahren gibt es in Niedersachsen Parlamentarische Untersuchungsausschüsse. Zum ersten Mal hat eine Frau einen solchen Ausschuss geleitet.

(Beifall im ganzen Hause)

Diese Ausnahme sollte für die Zukunft kein Regelfall sein. Ich fand die Arbeit interessant, spannend und notwendig zugleich, und ich danke allen, die mich dabei unterstützt haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, viele Kolleginnen und Kollegen haben sich in der letzten Plenarsitzung verabschiedet. Ich hatte die Möglichkeit, bis zum Schluss durchzuarbeiten. Deshalb sage ich, wie es bei uns im Norden üblich ist, zwei Worte: Tschüß allerseits!

(Starker Beifall im ganzen Hause)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Liebe Frau Bockmann, ich darf Ihnen herzlich danken. Wir beide werden ja dem nächsten Landtag nicht mehr angehören. Umso einfacher kann ich es sagen: Ich finde, Sie haben hier eine sehr gute Arbeit geleistet. Das ist auch ein Beweis dafür, dass man trotz parteipolitisch unterschiedlicher Meinung in der Sache für dieses Land tätig sein kann. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall im ganzen Hause)

Meine Damen und Herren, ich eröffne nun die Besprechung. Zunächst einmal hat der Kollege Will das Wort.

Gerd Ludwig Will (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Trotz der kurzen Zeit hat es der Untersuchungsausschuss geschafft, in 20 Sitzungen 28 Zeugen zu hören und umfangreiche Akten der Länder Niedersachsen und Bremen sowie der JadeWeserPort-Realisierungsgesellschaft als Beweismittel zu bewerten.

Lassen Sie mich an den Anfang den Dank stellen: den Dank an den Gesetzgebungs- und Beratungsdienst, an den Stenografischen Dienst und an die Landtagsverwaltung. Sie haben einen tollen Job gemacht.

(Beifall im ganzen Hause)

Den Dank darf ich selbstverständlich auf die Vorsitzende erweitern. Auch Sie haben einen tollen Job gemacht. Vielen Dank dafür.

(Beifall im ganzen Hause)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, beim Kern des Untersuchungsauftrages, dem Vergabeverfahren zum JadeWeserPort, steht zwar an einigen Punkten noch Aussage gegen Aussage. Aber die Aktenlage lässt klare Rückschlüsse auf den Wahrheitsgehalt dieser Aussagen zu. Gerade deshalb wäre als weiteres Beweismittel die Vereidigung der wichtigsten Zeugen ein notwendiger Schritt gewesen, um diesen Zeugen Gelegenheit zu geben, ihre bisherigen Aussagen zu überdenken und gegebenenfalls zu korrigieren. Das hat die Ausschussmehrheit verweigert, und jeder kann sich denken, weshalb.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Eingriffe der Ausschussmehrheit aus CDU und FDP in die Minderheitenrechte von SPD und Bündnis 90/Die Grünen konnten wegen der Kürze der Zeit keiner rechtlichen Prüfung durch den Staatsgerichtshof unterzogen werden. Das gilt auch für die Weigerung, sachnahe Zeugen zuerst zu vernehmen, und für das beliebte Spiel auf Zeit in der zu Ende gehenden Wahlperiode. Das gilt auch für die Verweigerung der Zeugenvereidigung. CDU und FDP haben im Ausschuss viel getan, das scharfe Schwert der

Opposition stumpfer werden zu lassen. Gerade deshalb streben wir an, in der nächsten Wahlperiode ein Gesetz zur klaren Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse des Niedersächsischen Landtages zu beschließen.

(Beifall bei der SPD)

Das werden wir auch aus der Mehrheit heraus machen.

(Lachen bei der CDU)

In künftigen Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen müssen nicht nur die Minderheitenrechte abgesichert werden, auch die Stellung des Ausschusses insgesamt gegenüber Dritten muss gestärkt werden.

Bevor ich zum eigentlichen Kern des Untersuchungsausschusses, dem Vergabeverfahren zum JadeWeserPort, komme, möchte ich zu einigen Dingen im Umfeld Stellung nehmen, nämlich erstens zu den vertraglichen Grundlagen, zweitens zu den zeitlichen Verzögerungen und drittens zu den absehbaren Kostensteigerungen.

Meine Damen und Herren, die Ende 2002 geschaffenen vertraglichen Grundlagen sind nicht ursächlich für die eingetretenen Verzögerungen und schon gar nicht Legitimation für die massiven ungerechtfertigten Eingriffe in das Vergabeverfahren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses konnte auf keinen Fall eine Prognose bezüglich der Entwicklungsdynamik der Containerverkehre getroffen werden. Ein wirtschaftlicher und politischer Alleingang verbot sich deshalb. Sicherheits- und Risikoteilung gewährleisteten den wirtschaftlichen Erfolg. Und: Herr Hirche selbst hat in den Vernehmungen im Untersuchungsausschuss betont, dass es keine vertraglichen Veränderungen nach dem Regierungswechsel gegeben hat. Es sei eben gute Sitte, in die vertraglichen Grundlagen der alten Landesregierung einzutreten; allerdings seien sie auch in der Sache richtig.

Bei zwar unterschiedlicher Interessenlage wurde aber doch einmütig die Bedeutung des Projektes für ganz Norddeutschland in den Vernehmungen von den Herren Aden, Scherf und Gabriel bestätigt. In wesentlichen Fragen und unternehmerischen Entscheidungen gab es jedoch Einigungs-

zwang. Wie auch anders? - Unabhängig von der gegenseitigen Abhängigkeit, was Planung, Bau, Kosten und Ertrag betraf, haben Vertreter beider Länder im Einzelfall jedoch immer wieder versucht, für das eigene Bundesland jeweils Vorteile durchzusetzen.

Meine Damen und Herren, nun zu den zeitlichen Verzögerungen. Zunächst muss darauf hingewiesen werden, dass das Planfeststellungsverfahren erhebliche Zeit beanspruchte, weil es u. a. auch vom Umweltministerium handwerklich schlecht begleitet und unnötig verzögert wurde.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich erinnere an die fehlende Meldung bei der EU bezüglich der Rohrdommel durch Herrn Umweltminister Sander.

(Jörg Bode [FDP]: Das haben wir im Untersuchungsausschuss gar nicht behandelt!)

Kein Wunder, dass die EU daraufhin die Meldung eingefordert hat und dadurch das Verfahren verzögert wurde. Dafür trägt Herr Sander die Verantwortung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Ausschreibung erfolgte EU-weit als beschränkte Ausschreibung. Im Juni 2005 erfolgte die Veröffentlichung des Teilnehmerwettbewerbs. Die Angebotsöffnung fand dann am 4. Mai 2006 statt. Dann wurden die Zuschlagsfristen vom 17. August 2006 viermal verschoben. Erst am 27. April 2007, also acht Monate später, wurde der Zuschlag erteilt. Dagegen sagt die Mipla des Landes deutlich, dass der Baubeginn bereits 2006 geplant war. So wurde es auch dem Landtag immer wieder verkauft. Nur: Der Fertigstellungstermin wurde stets für 2010 prognostiziert, unabhängig von den eingetretenen Bauverzögerungen.

Mit dem Planfeststellungsbeschluss war auch die Anordnung des sofortigen Vollzugs verbunden. Wegen der angeblichen Unsicherheit der schwebenden Verfahren vor dem OVG Lüneburg wurde ein umfassender Baubeginn von der Landesregierung bisher nicht freigegeben. Dieses Verhalten ist ausschließlich der hilflose Versuch, Zeit zu schinden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wer den sofortigen Vollzug eines Vorhabens durchsetzt, muss auch mit dem Bau beginnen. Weshalb sonst sofortiger Vollzug?

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Das ist eine gute Frage!)

Nun zu den absehbaren Kostensteigerungen. Wegen der Verzögerung der Baumaßnahme ergeben sich erhebliche zusätzliche Kostenrisiken für den Bau selbst, aber auch für den zukünftigen laufenden Betrieb des Hafens: je später der Baubeginn, desto schwieriger die Bindung der 50 Millionen Euro EU-Mittel, die bekanntlich bis Ende 2008 abgerechnet sein müssen.

Ich darf auch auf die Engpässe des Stahlmarktes sowie auf die benötigten 80 000 t und die rasant gestiegenen Baustoffpreise an den Märkten hinweisen. Bekanntlich bestand bis Dezember 2007 ein Verbot für die Firma Bunte, Stahl zu ordern. Auch hier ist die Realisierungsgesellschaft bzw. das Land selbst kostentreibend aufgetreten.

(Zustimmung bei der SPD)

Die allgemeinen Kostensteigerungen beim Personal seit Mitte 2006 müssen weiter berücksichtigt werden. Es sind auch weitere Kostensteigerungen durch den notwendigen Mehreinsatz von Arbeitskräften und Geräten, um den Zeitrückstand aufzuholen, zu erwarten. Nicht zuletzt drohen Pönalen durch die Betreibergesellschaft Eurogate gegen die JadeWeserPort-Realisierungsgesellschaft. Falls der Hafen nicht wie geplant im Jahr 2010 in Betrieb gehen kann und Eurogate keine Ausweichkapazitäten hat, können Vertragsstrafen auf die Realisierungsgesellschaft durchschlagen. Eurogate hat nach Aussage des Eurogate-Vorstandes bereits zwei Verträge mit Kunden auf den Zeitpunkt 2010 hin geschlossen. Hierbei werden Millionenbeträge im Spiel sein, die von der Realisierungsgesellschaft allein nicht geschultert werden können. Das ist ein in jeder Bedeutung des Wortes durchschlagendes finanzielles Risiko für den Landeshaushalt Niedersachsens. Es ist zu verantworten durch Herrn Hirche als zuständigen Minister und Herrn Wulff als Ministerpräsidenten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nun zum Kern des Untersuchungsauftrages, dem Vergabeverfahren selbst. Hat es nun Verstöße gegen das Vergaberecht durch unrechtmäßige Einflussnahme auf die JadeWeserPort-Realisierungsgesellschaft durch die Niedersächsische Landesregierung gegeben?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, an mindestens fünf Stellen ist in irregulärer und unverantwortlicher Weise in das Vergabeverfahren eingegriffen worden.

Ein erster Verstoß gegen das Vergaberecht erfolgte auf Initiative der Herren Werren und Holtermann nach einer gemeinsamen Besprechung am 20. Februar 2007. Erstmals ging es darum, die Vergabe nach politischer Opportunität anstatt nach Vergabekriterien und aktueller Gutachtenlage durchzuführen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Herren Werner, Erdmann und Holtermann verständigten sich auf einen radikalen Kurswechsel, der dem bis dahin vom Vergabeteam der JadeWeserPort-Realisierungsgesellschaft einvernehmlich mit Herrn Werner erarbeiteten Vergabevermerk - Vergabe an die Firma Bunte, Ausschluss von Hochtief - völlig widersprach.

Bereits einen Tag später wurde im Vorfeld eines Klärungsgespräches zur Ankerlösung dem überraschten Leiter des Vergabeteams Starke im Beisein von Herrn Werner und Herrn Erdmann von bremenports als neue Vergabelinie vorgegeben: Vergabe an Hochtief auf Grundlage des Amtsentwurfs und Ausschluss der Firma Bunte.

Tags darauf hatte der Projektleiter, Herr Starke, unverzüglich Herrn Staatssekretär Werren informiert. Er schlug Alarm wegen der tags zuvor vollzogenen 180-Grad-Wende zugunsten von Hochtief. Er warnte vor Korruption und bat nun dringend um klare Vorgaben aus Hannover und um Rückendeckung. Dazu verweise ich im Übrigen auf das Vergabetagebuch von Herrn Starke, das er bereits am 19. April 2007 seinem Anwalt zur arbeitsgerichtlichen Verwendung übergeben hat. Eindeutiger geht es nun wirklich nicht mehr!

Herr Werren hat diesen Hilferuf des Vergabeteams nicht ernst genommen. Weshalb sollte er auch? Denn er gehörte ja mit zu den Verursachern der

politischen Einflussnahme für die Firma Hochtief. Er hat Herrn Starke schlichtweg nur hingehalten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein zweiter Verstoß gegen das Vergaberecht erfolgte durch Herrn Holtermann. Während des Vergabeverfahrens führte er Nachverhandlungen mit Hochtief. Dazu verweise ich auf den Vermerk vom 28. Februar 2007 an Herrn Werren und Herrn Färber. Unter anderem wird darauf hingewiesen, dass auf Arbeitsebene einvernehmlich in abgestimmten Aufklärungsgesprächen durch bremenports eine Reduzierung der Kosten erreicht werden konnte.

Meine Damen und Herren, ein dritter Verstoß im Vergabeverfahren wird durch die verschiedenen Nötigungsversuche gegen gesetzestreue Mitarbeiter der JadeWeserPort-Realisierungsgesellschaft und die Bunte-Gruppe deutlich. Einerseits sollte die Biege Bunte mit finanziellen Angeboten und Ersatzaufträgen in die Partnerschaft mit Hochtief gelockt werden. Andererseits wurde nach ihrer Weigerung massiv gedroht, sie wegen angeblicher Urkundenfälschung zukünftig von öffentlichen Auftragsvergaben auszuschließen, falls Bunte eine Verfahrensrüge oder einen Nachprüfungsantrag vor der Vergabekammer oder bei Gericht stellen werde.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Wirklich unverschämt!)

Das findet sich auch in einem Vermerk der Staatskanzlei bei der Sprachregelung für den MP wieder. Allein das, für sich gesehen, meine Damen und Herren, ist ein unglaublicher Vorgang!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein weiterer Verstoß gegen das Vergaberecht ergibt sich aus der fristlosen Kündigung des sogenannten Störfaktors Starke. Vor dem Vergabezuschlag verhandelte auch Professor Erdmann noch mit Hochtief nach. In einem abgekarteten Aufklärungsgespräch erfüllte Hochtief nun alle Vergabekriterien. Der Aufsichtsrat der Realisierungsgesellschaft bestätigte daraufhin die Vergabe und die von Herrn Holtermann ausgesprochene fristlose Kündigung von Herrn Starke. Massive rechtliche Bedenken wurden einfach weggewischt.

Der Einzige, der bei diesem Verfahrensstand die Notbremse gezogen hat, war der Finanzminister, der ein weiteres Gutachten forderte, um die Vergabe an Hochtief zusätzlich zu legitimieren. Spätestens hier ist klar, dass er dem Wirtschaftsminister, dem Staatssekretär und den weiteren verantwortlich Handelnden bei ihrer Handwerkelei nicht mehr über den Weg traute und sich rechtlich - völlig verständlich - zusätzlich absichern wollte.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Verstoß gegen das Vergaberecht erfolgte auf Initiative von Staatssekretär Werren selbst. Das Land Bremen hatte hohes Interesse, die Betreiberlizenz für den Tiefwasserhafen an Eurogate zu vergeben. Herr Werren nutzte dies als Druckmittel gegenüber Bremen. Ausweislich eines Schriftwechsels mit seinem Bremer Kollegen, Staatsrat Färber, hielt er die Absendung der Verdingungsunterlagen durch die JadeWeserPort-Realisierungsgesellschaft bewusst auf, um Bremen vorher zu Zugeständnissen bei Nachverhandlungen zur Hafeningenieurleistungen zu bewegen. Das war ein weiterer unzulässiger Eingriff in die Vergabe, die nach VOB allein in der Verantwortung der JadeWeserPort-Realisierungsgesellschaft lag. Hier wurde wie auf dem Basar versucht, für Niedersachsen eine Erbpacht gegen die absehbare Vergabe der Betreiberlizenz an Eurogate in Bremen einzuhandeln. Dabei weiß Herr Werren genau, dass dies rechtlich unzulässig ist, wie er später auch in seiner Vernehmung zu seiner Aufsichtsratsrolle deutlich gemacht hat.

Nun zur abschließenden Bewertung. In einem Schreiben von Professor Erdmann an Herrn Ministerialrat Hoffmeister im Niedersächsischen Finanzministerium zur Vorbereitung des Gesprächs mit Ministerpräsident Wulff und den Ministern Hirche und Möllring wird auf Folgendes hingewiesen: Gegen die kostengünstigere Variante der Ankerlösung durch die Firma Bunte habe inhaltlich gesprochen, dass in einem persönlichen Gespräch der Vorstand von Eurogate, also die Geschäftsleitung des Nutzers, in Abstimmung mit den weiteren Partnern erklärt hat, dass wegen des großen Geländesprungs in Wilhelmshaven diese Lösung ausscheide. Die Vergabe solle deshalb auf Basis des Ausschreibungsentwurfes mit Nebenangeboten zeitnah an die Bietergemeinschaft Hochtief erfolgen.

Hier wird die eindeutige Festlegung der Landesregierung auf die Vergabe an Hochtief bereits Anfang März 2007 deutlich. Allerspätestens zu diesem Zeitpunkt war auch Ministerpräsident Wulff

über den Verfahrensstand und die politischen Zielvorgaben informiert, möglicherweise hatte er daran auch mitgewirkt.

Am 16. März informierte Herr Ehmen, Mitglied des alten Vergabeteams, Herrn Starke darüber, dass es im Augenblick leider unmöglich sei, jemanden auf die Rechtsverstöße innerhalb der Landesverwaltung hinzuweisen, weil laut Herrn Erdmann selbst der Ministerpräsident die Auftragserteilung an Hochtief für unbedingt erforderlich halte. Ich verweise auf das Vergabetagebuch von Herrn Starke, unten auf Seite 10; dort ist das dokumentiert.

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: Spannende Quelle!)

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen. Mit rüdesten Methoden wurde das alte Vergabeteam mithilfe der Herren Holtermann, Werner, Woltering und Erdmann ausgehebelt. Alle Fraktionen haben im Untersuchungsausschuss nach den Vernehmungen deutlich gemacht, dass den Aussagen von Herrn Ehmen und Herrn Starke und auch von Rechtsanwalt van Dyk, der sich gewei-gert hatte, die Vergabeakte zu verschlanken und zu putzen, ein hoher Wahrheitsgehalt zukommt.

Im Nachhinein muss man sagen, dass das Oberlandesgericht Celle in seinem Urteil dem alten Vergabeteam eine präzise, fachlich einwandfreie und korrekte Arbeit bescheinigt hat.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, alle Ver-suche der Herren Werren, Erdmann, Holtermann und Werner, im Interesse von Hochtief die Firma Bunte auszubooten, sind damit gescheitert. Damit sind jedoch die große Verunsicherung, die Enttäu-schung und das Vorgehen gegen eigene Landesinteressen durch diese Landesregierung bei den Bürgerinnen und Bürgern und den loyal arbeiten-den Mitarbeitern der JadeWeserPort-Realisie-rungsgesellschaft nicht beseitigt.

(Zustimmung bei der SPD)

Der Minister hat in den Vernehmungen immer wie-der betont, dass er stets durch Herrn Werren in-formiert war. Aber er sah keine Veranlassung, seinen Staatssekretär zu stoppen bzw. den Stabsstellenleiter, Herrn Erdmann, abzulösen. Erst im Nachhinein wurde Herr Erdmann abgelöst, und

das wurde auch noch semantisch verbrämt. Also auch beim Minister organisierte Verantwortungslosigkeit!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Wolfgang Jüttner [SPD]: Bauernopfer!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Land Niedersachsen hat sich mit den vorgenannten Verantwortlichen und mit den politischen Eingriffen in das Vergabeverfahren rechtswidrig und gegen-über korrekt arbeitenden Technikern und Ingenieuren, die andere große Projekte Niedersachsens - ich erinnere an das Emssperrwerk - erfolgreich durchgeführt und geleitet haben, schlichtweg schäbig verhalten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Arge Bunte hat den Lückenschluss der A 31 deutlich vor Abgabetermin erfolgreich durchgeführt. So viel zur Kompetenz einer Firma aus Niedersachsen!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Der Ministerpräsident, der ab Mitte März vollum-fänglich informiert war, hat sich nicht darum ge-kümmert. Er ließ die dilettantische Vorgehenswei-se seines Wirtschaftsministers, der grobe handwerkliche Fehler zuließ bzw. sie sogar mit betrieb, zu.

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: Mann, Mann, wer hat Ihnen das aufgeschrieben?)

Bei dem zentralen Stellenwert des Projektes für die Landesregierung, das Land und die Region ist das schlichtweg eine unverantwortliche Laisser-faire-Haltung, manche sagen auch: Schlamperei.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, angesichts des größten und wichtigsten industriepolitischen Projektes in der maritimen Wirtschaft, dem Bau des JadeWeserPorts, mit einem Investment von knapp 1 Milli-arde Euro hätte es Ihnen nicht nur gut angestanden, sondern es wäre Ihre Pflicht gewesen, das Thema JadeWeserPort zur Chefsache zu machen, allein um die Kostenexplosion in Grenzen zu hal-ten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vor dem ersten Spatenstich sind allein durch das Verfahren vor dem OLG Celle Anwalts- und Gerichtskosten von rund einer halben Million Euro entstanden. Zugegeben: Sie kümmern sich sogar um Kängurus in Niedersachsen. Aber wenn es um wichtige Dinge geht, tauchen Sie einfach weg. Da wird der große Staatsmann Christian Wulff ganz klein.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Neidhammel!)

Herr Ministerpräsident, ziehen Sie wenigstens heute die Konsequenzen aus dem verkorksten Vergabeverfahren! Nutzen Sie die noch verbleibende Zeit, zeigen Sie zumindest am Ende Ihrer Regierungszeit Entschlusskraft, entlassen Sie Herrn Hirche, entbinden Sie Herrn Werren, und besetzen Sie die JadeWeserPort-Realisierungsgesellschaft

(Zuruf von der CDU: Mit Ihnen!)

gemeinsam mit dem Bundesland Bremen in Geschäftsführung und Aufsichtsrat neu!

(Bernd Althusmann [CDU]: Diese Forderung haben wir so nicht erwartet! - Heiterkeit bei der CDU und bei der FDP)

- Herr Althusmann, sammeln Sie mal weitere Unterschriften für den Mindestlohn. Da sind Sie besser aufgehoben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Bernd Althusmann [CDU]: Ich sammle keine Unterschriften für den Mindestlohn!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, legen Sie die niedersächsischen Aufsichtsratssitze in die Hände von Verantwortlichen, die dafür die Eignung und Qualifikation mitbringen und rechtsstaatliche Verfahren sicherstellen, und sorgen Sie dafür, dass das alte Vergabeteam endlich rehabilitiert wird!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wenn Sie es nicht hinbekommen - die letzten beiden Punkte werden wir Ihnen nach dem 27. Januar gerne abnehmen. - Vielen Dank.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Das Wort hat der Kollege Bode. Bitte schön, Herr Bode!

Jörg Bode (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herrn! Liebe Frau Bockmann, für die FDP möchte ich mich Ihrem Dank beim Stenografischen Dienst und bei der Landtagsverwaltung gerne vollumfänglich anschließen, aber auch Ihnen für die jederzeit faire und objektive Leitung und Unterstützung der Arbeit des Untersuchungsausschusses danken. Wir werden die geleistete Arbeit auch in der Zukunft zu schätzen wissen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Eigentlich war nach Ihrer Rede alles gesagt. Aber nach dem Auftritt von Herrn Will muss man wohl doch noch einiges klarstellen;

(Heiterkeit bei der FDP und bei der CDU)

denn anders, als er hier in abenteuerlicher Weise vorgetragen hat, kann man eindeutig feststellen, dass es keine vermeidbaren Verzögerungen gegeben hat. Vielmehr haben alle Zeugen im Untersuchungsausschuss immer dargelegt, Herr Jüttner, dass der Hafen nach allen Bauprosen 2010 in Betrieb gehen kann. Da Ihre Erinnerung an das Jahr 2002/2003 wahrscheinlich nicht mehr so gut ist und Sie sich auch zu Recht nicht mehr an alle Beschlüsse erinnern, die damals von der abgewählten Regierung Gabriel/Jüttner getroffen worden sind, haben wir jemanden gefragt, dem Sie eigentlich glauben müssten, nämlich Ihren Parteifreund Heiner Aller. Wir haben ihn gefragt, was Sie damals geplant haben. Ich zitiere einmal, was Herr Aller dazu gesagt hat:

„Die Prognosen, die seinerzeit getroffen worden sind, haben alle vorgesehen, dass der Betrieb um die Jahrzehntwende herum - 2010, 2011, 2012 - erfolgreich aufgenommen werden könnte.“

Herr Jüttner, wir liegen vor Ihren damaligen Planungen mit dem Zieljahr 2012. CDU und FDP haben hier nicht verzögert. Wir haben bei dem Projekt Tempo gemacht, und das war richtig für Niedersachsen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es war uns nicht möglich, alle Widersprüche in den Zeugenaussagen aufzuklären; dafür hat uns die Zeit gefehlt. Auch die Aktenlage war dabei nicht wirklich hilfreich; denn gerade in der entscheidenden Zeit - Februar bis April letzten Jahres - hat der Bremer Geschäftsführer Holtermann mit seinen Vertrauten Woltering und Vollstedt auf der Arbeitsebene das Sagen übernommen. Alle von diesem Dream-Team erstellten Vermerke und Protokolle haben eines gemeinsam: Einzig das Datum und der Teilnehmerkreis stimmen. Der Rest der Protokolle scheint von einer Sitzung aus einem Paralleluniversum zu stammen.

Auch der Aufsichtsratsvorsitzende Werren übrigens schenkte diesen Vermerken und Protokollen scheinbar wenig Glauben. Ich zitiere Staatssekretär Werren:

„Ein ‚Holtermann‘ ist eine Behauptung, die man scharf prüfen muss.“

Im Ausschuss kamen dann von denen, die wir prüften, den Autoren, erstaunliche Begründungen. Dr. Woltering:

„Also, man hätte es vielleicht etwas klüger formulieren sollen.“

Oder Holtermann:

„Das ist etwas verquast dargestellt. Wenn man gewusst hätte, dass man vor einem Untersuchungsausschuss landet, hätte man präziser formuliert.“

Aha! Meine Damen und Herren, das ist nicht der Anspruch, den wir an eine ordentliche Geschäftsführung, an eine ordentliche Gesellschaft haben.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Das sagen Sie mal Ihrem Minister!

Völlig unabhängig davon, ob es einen Untersuchungsausschuss gibt oder nicht: Wir erwarten,

dass in den Protokollen die Wahrheit steht und nicht Holtermanns Wunschdenken.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Es gibt aber einen Punkt, der ohne Widerspruch der Zeugen blieb. Es ist schon bedauerlich, dass Sie, Herr Jüttner, diesen Punkt in Ihrem Minderheitenbericht bewusst falsch darstellen und verleugnen. Herr Jüttner, machen Sie bei Herrn Will nicht den gleichen Fehler, den Sie bei Herrn Lenz gemacht haben! Vertrauen ist gut. Aber die Wahrheit in Ihrem Bericht wäre besser gewesen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Axel Plaue [SPD]: Das ist ja eine Frechheit! - Unruhe)

Ihr Bereich und Ihre Schlussfolgerungen basieren auf einer einzigen Theorie, nämlich - ich zitiere Ihren Bericht und das, was Herr Will hier vorgetragen hat -: Die Herren Werren, Erdmann und Holtermann verständigten sich auf einen radikalen Kurswechsel. - Und weiter: Vergabe an Hochtief auf Grundlage des Amtsentwurfes, Ausschluss von Buntes Nebenangebot. - Allerdings haben die Zeugen eindeutig und ohne Widerspruch festgestellt, dass diese Behauptung nicht wahr ist. Sie arbeiten genauso wie beim Transrapid mit Unterstellungen und falschen Aussagen; denn wahr ist vielmehr, dass Herr Holtermann niemals die Vergabe an Hochtief auf Grundlage des Amtsangebotes vorhatte. Herr Holtermann wollte immer die gesamte Ausschreibung aufheben und ein neues Verhandlungsverfahren durchführen. Ich zitiere Herrn Holtermann:

„Wir als Geschäftsführung hatten den Vorschlag gemacht, das Vergabeverfahren aufzuheben ...“

Sie können zu Recht fragen: Ist das denn die Wahrheit? Stimmt denn die Aussage von Holtermann? - Geschäftsführer Helmut Werner bestätigte dies, und sogar der Vertraute von Herrn Holtermann, Herr Dr. Woltering, sagte:

„An dem Punkt kann man sagen, dass der Plan nicht mehr aufgegangen ist, das ganze Verfahren aufzuheben.“

Genau so ist es gewesen. Warum ist der Plan nicht aufgegangen, Herr Jüttner? - Weil der Aufsichtsratsvorsitzende Joachim Werren Zweifel an den Vorlagen hatte. Er ist deshalb zwei Tage vor der Aufsichtsratssitzung zu Herrn Holtermann und dem

stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden Färber nach Bremen gefahren und hat Herrn Holtermann die Leviten gelesen. Daraufhin hat die Geschäftsführung dem Aufsichtsrat die Aufhebung nicht mehr vorgeschlagen, sondern zugestimmt, eine Überprüfung durch einen neutralen Gutachter durchzuführen. Hierzu erklärte Herr Holtermann:

„Das war ja der Vorschlag von Herrn Werren, klar.“

Als neutraler Gutachter wurde dann Herr Dr. Otting - er kann als „Vergaberechtpapst“ bezeichnet werden - geholt. Er kam zu dem Ergebnis, dass zwingend der Weg von Herrn Holtermann nicht gegangen werden kann, dass an Hochtief auf Vorschlag des Amtsangebots zu vergeben ist. Die Instanzen haben anders entschieden. Es gibt ja auch die Aussage: zwei Juristen, drei Meinungen. - Aber das war die entscheidende Frage. Zwingend war das Gutachten von Herrn Dr. Otting für die Vergabe.

Meine Damen und Herren, das, was wir hier erlebt haben und weiter erleben müssen, ist Wahlkampfgetöse und nichts anderes. Wir werden uns auf Wahlkampfgetöse nicht einlassen.

(Elke Müller [SPD]: Sie machen es doch gerade!)

Wir wollen die Wirtschaft und die Küste Niedersachsens weiterentwickeln.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir wollen und wir werden in diesem Jahr den ersten Rammschlag setzen. Wir werden ebenfalls im Herbst dieses Jahres damit beginnen, die Planungen für die Erweiterung, nämlich den JadeWeserPort II, in Auftrag zu geben und anzugehen; denn 2013, so sagt uns Eurogate, ist der jetzige Hafen bereits voll ausgelastet, und man braucht dann den zweiten Teil. Leider hat Hamburg das Angebot, zu einer gemeinsamen Entwicklung des Hafensprojektes „Deutsche Bucht“ zu kommen, gerade abgelehnt. Wir haben somit zwei mögliche Optionen: Erstens. Wir machen den JadeWeserPort II zusammen mit Bremen. Zweitens. Wir machen den JadeWeserPort allein.

Lassen Sie mich nur so viel sagen: Wir reichen den Bremern die Hand zu einer gemeinsamen und vertrauensvollen Zusammenarbeit. Das heißt dann aber auch, dass in der Gesellschaft keine Bremer und keine Niedersachsen, sondern nur noch Ha-

fenbauer sitzen. Wir sagen Bremen - auch nach den Ergebnissen des Untersuchungsausschusses - ganz deutlich: Wir sind nicht nachtragend, aber Herrn Holtermann vergessen wir nichts. - Wir werden uns daher genau anschauen, wie sich Bremen jetzt bei der Neustrukturierung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates verhält.

Herr Hagenah, um es auch Ihnen deutlich zu sagen: Ein Wechsel des Geschäftsführers Holtermann direkt in den Aufsichtsrat widerspricht sämtlichen Regelungen des Corporate-Governance-Kodex, des Verhaltenskodex für Wirtschaftsunternehmen. Man kann das Bremen nicht verbieten; das ist klar. Aber Vertrauensbildung für das nächste Projekt sieht anders aus. Es ist für mich nur schwer vorstellbar, dass jemand wie Herr Holtermann, der mittelständische Bauunternehmer als Torfstecher abqualifiziert, als Pack beschimpft und als Kesselflicker bezeichnet und bezweifelt, dass diese noch alle Tassen im Schrank haben - ich könnte diese Zitate von Herrn Holtermann fortsetzen -, ein zweites Mal öffentliche Bauaufträge des Landes Niedersachsen vergibt. Ich persönlich würde mit ihm nicht einmal eine Hundehütte bauen, und mein Hund könnte eine gebrauchen.

(Beifall bei der FDP - Zuruf von der SPD: Er mit Ihnen aber auch nicht!)

Meine Damen und Herren, Herr Jüttner, Sie haben sich von den Grünen vorführen lassen.

(Widerspruch bei der SPD)

Aber der absolute Knüller ist natürlich das, was Sie zu der heutigen Sitzung vorgelegt haben. Zuerst wollte Herr Meinhold im Untersuchungsausschuss - das war schon eine große Trendwende in Ihrem Wahlkampf - von Herrn Minister Hirche wissen - ich zitiere Herrn Meinhold -:

„Welche Bedeutung hat das Projekt JadeWeserPort in Ihrer Planung für die Regierungsperiode 2008 bis 2010?“

Aha! Ich habe gedacht, dass neben Herrn Schack in der letzten Plenarsitzung jetzt auch Herr Jüttner zu der richtigen Auffassung und Überzeugung gekommen ist, dass die Regierung Wulff/Hirche nächste Woche Sonntag im Amt bestätigt wird. Aber, Herr Meinhold und Herr Schack, Sie haben sogar noch mehr geschafft. Ich gratuliere Ihnen. Sie haben auch Herrn Jüttner davon überzeugt.

Herr Jüttner, elf Tage vor der Landtagswahl kapituliert die SPD.

(Jürgen Lanclée [SPD]: Kommen Sie mal zur Sache!)

Anstatt dass hier heute von Ihnen erklärt wird „Am nächsten Sonntag gewinne ich die Landtagswahl, am Montag entlasse ich Herrn Hirche und Herrn Werren“, kommen Sie heute hier mit Ihrem Entschließungsantrag und bitten Christian Wulff, dass er das für Sie macht. Ein größeres Armutszeugnis kann es doch nicht mehr geben! Sie haben schon aufgegeben. Von daher freuen wir uns auf die letzten Tage des Wahlkampfes.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Kollege, Sie müssen zum Ende kommen.

Jörg Bode (FDP):

Meine Damen und Herren,

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Machen Sie weiter so!)

Herr Jüttner, Sie haben ja recht: Der alte Ministerpräsident Christian Wulff wird auch der neue Ministerpräsident sein. Walter Hirche ist der alte Wirtschaftsminister und wird der neue Wirtschaftsminister sein.

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

- Das ist für Sie scheinbar ein Albtraum, wie ich merke. Aber die Niedersachsen wissen: Das ist das Beste, was ihnen jemals passieren kann. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Meine Damen und Herren, das Wort hat jetzt der Herr Kollege Hagenah.

Enno Hagenah (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ihrem Dank, Herr Bode, schließe ich mich gerne an. Aber die Beantwortung der Frage, wel-

che Konsequenzen nach fast drei Monaten Untersuchungsausschuss hier in Niedersachsen zu ziehen sind, sind Sie dem Haus schuldig geblieben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

CDU und FDP drücken sich bis heute um eine ehrliche Beantwortung dieser Frage herum. Sie sprechen von einer unklaren Beweislage, nicht bewiesenen Behauptungen und von grundsätzlichen rechtsstaatlichen Erwägungen, nach denen sie Schlussfolgerungen ablehnen. Das Minderheitenvotum von SPD und Grünen, das klar Ross und Reiter bei den Rechtsbrüchen benennt, verstößt aber nicht gegen rechtsstaatliche Prinzipien. Ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss ist kein Gericht, das eine Schuld abschließend feststellen kann. Wir greifen auch nicht der Staatsanwaltschaft vor, die unsere Untersuchungsergebnisse sicherlich bei ihrer eigenen Ermittlung gut gebrauchen kann. Ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss ist ein Instrument zur Aufklärung von verantwortungslosem, fehlerhaftem und gesetzwidrigem Handeln der Landesregierung oder von Dritten, die in ihrem Namen handeln. Es geht darum, Schaden für die Bürger möglichst abzuwenden und dafür zu sorgen, dass sich Fehlverhalten nicht fortsetzt, sondern bestraft wird. An diesem Maßstab müssen sich heute CDU und FDP messen lassen.

Die Bereitschaft der Regierungsfractionen zu der auch für Sie, Herr Bode, verpflichtenden Aufgabe der parlamentarischen Kontrolle scheint aber äußerst unterentwickelt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sie brachten Ihre Verteidigungslinie vor der Presse ja auf die schlichte und allzu entlarvende Formel: Einfluss der Landesregierung sei nicht auf das Vergabeverfahren genommen worden, sondern nur auf die JadeWeserPort-Gesellschaft. Und weiter: Herr Erdmann habe nicht als Stabsstellenleiter im Wirtschaftsministerium in die Vergabe eingegriffen, sondern in seiner Funktion als Geschäftsführer der Muttergesellschaft. - Donnerwetter! Eigentlich, Herr Bode!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Diese Ausreden nimmt Ihnen hier niemand mehr ab. Die Versuche der nachträglichen Reinwaschung, die CDU und FDP bis heute betreiben, sind in Form und Vorgehen für ein Parlament unwürdig.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die Landesregierung hat nicht nur in Person des Aufsichtsratsvorsitzenden und Staatssekretärs Werren sehr wohl unrechtmäßig Einfluss auf die Vergabe genommen und Kenntnis von Details im Vorgehen gehabt. Deshalb fordern wir in unserem Antrag nicht nur die Neubesetzung des Aufsichtsratsvorsitzes, sondern auch der übrigen Aufsichtsratsmitglieder. Es ist nicht tragbar, dass Ministeriumsmitarbeiter das Land in Gesellschaften vertreten, wo sie die Sachverhalte, über die sie mit entscheiden, ganz offensichtlich nicht durchblicken und dann noch nicht einmal im eigenen Ministerium das Projekt voranbringen. Ich erinnere daran, dass z. B. das Umweltministerium den Voslapper Groden nicht als Vogelschutzgebiet anmelden wollte. Erst die Drohung aus Brüssel, dass EU-Mittel für den Hafenausbau ohne Beachtung des Umweltschutzes nicht fließen würden, zwang letztendlich den Minister zum Handeln.

Diese und andere planungsrechtlichen Unzulänglichkeiten der Landesregierung haben erst den Zeitdruck verursacht, der schließlich zum Motor für die Rechtsbrüche im Vergabeverfahren wurde, Herr Bode.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, einen kleinen gemeinsamen Nenner gibt es nach dem 20. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zwischen den Fraktionen aber doch, nämlich dass der Technische Leiter zu Unrecht entlassen wurde. Allerdings ziehen die Regierungsfaktionen daraus nicht die logische Schlussfolgerung, dass die Entlassung Teil der Rechtsbrüche bei der Vergabe gewesen ist. Die manipulierte Vergabe erklären CDU und FDP trotz allem weiter für korrekt.

Unser Untersuchungsbericht listet dagegen detailliert fünf klar belegte Vergabeverstöße unter Mitwirkung dieser Landesregierung und ihrer Mitarbeiter auf. Herr Will hat das schon ausgeführt. Niedersachsen hat gegenüber Bremen schon 2005 mit dem Tricksen und Erpressen angefangen. Da hieß es: „Erbpacht gegen Kafenbetreiber“. Ab Feb-

ruar 2007 wurde Niedersachsen dann selbst bei der favorisierten Ankerlösung und der vorbereiteten Vergabe an die Mittelstands-Biege Bunte ausgebremst und beteiligte sich aktiv an der Vergabemanipulation. Weil bremenports drohte, den Zuschlag an Bunte zu blockieren, einigte man sich auf Hochtief, obwohl Hochtief aus rechtlichen Gründen eigentlich zwingend von der Vergabe hätte ausgeschlossen werden müssen.

Auch wenn in vielen wichtigen Fragen derzeit noch Aussage gegen Aussage steht und eine Vereidigung leider verweigert wurde, ist durch die beigezogenen und von Zeugen übergebenen Akten eine sehr gute Plausibilitätsprüfung im Sinne eines Indizienbeweises möglich geworden. Denn wenn so entgegengesetzt agierende Protagonisten wie Herr Holtermann und Herr Starke über Vergabevorgaben und deren zeitliche Einordnung so gleichlautende Vermerke angelegt haben, dann hat deren Substanz eine hohe Glaubwürdigkeit und straft Zeugen Lügen, die das Gegenteil behaupten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Um das ganze Ausmaß der begangenen Rechtsverstöße ermessen zu können, reicht die einseitig verkürzte Berichtsversion von CDU und FDP natürlich nicht. Da bleiben die Niedersachsen die arglos Verführten, und mit einem allumfassenden Buhmann namens Holtermann wird versucht, alles Unrecht zu erklären. Der Rest sei nicht bewiesen und damit - so der waghalsige Salto mortale von Herrn Bode - irrelevant.

Wer dagegen den Bericht von SPD und Grünen zum Hafenkrimi liest, findet dort ein Gestrüpp aus illegalen Trickereien, Drohungen und Lügen, und mittendrin immer der Aufsichtsratsvorsitzende und Staatssekretär Werren mit seinem vertrauten Gehilfen Professor Erdmann und etwas im Hintergrund, aber immer à jour - würde Herr Werren sicherlich sagen -, der Drahtzieher hinter den Kulissen: Minister Hirche - nach außen stets auf eine weiße Weste bedacht mit dem Hinweis, alles müsse rechtskonform laufen: keine schriftlichen Vermerke, Anweisungen gibt es nur mündlich, jeder Zettel wird sofort entsorgt.

Der materielle und politische Schaden für das Land ist groß: mindestens ein Jahr Verzögerung bei der Fertigstellung und Mehrkosten von bis zu 100 Millionen Euro. Das darf nicht ohne Konsequenzen bleiben. Herr McAllister, Herr Rösler,

hören Sie auf, sich wegzuducken und um Konsequenzen zu drücken! Legen Sie auch bei dieser Landesregierung die Maßstäbe an, die Sie bei anderen immer einfordern, und sorgen Sie mit uns für einen Neustart im gesamten Umsetzungsteam beim JadeWeserPort, damit nicht noch mehr Steuergeld und Zeit zulasten der Menschen und der Wirtschaftskraft in der Region verloren gehen. - Vielen Dank.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Das Wort hat der Kollege Dinkla. - Bitte schön!

Hermann Dinkla (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte auch mit einem Wort des Dankes und der Anerkennung beginnen. Die Ausschussvorsitzende, Frau Bockmann, hat den Personenkreis genannt. Auch von uns als CDU-Fraktion noch einmal all denjenigen einen herzlichen Dank, die hier mitgewirkt haben!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich möchte aber auch ein Wort des Dankes und der Anerkennung an die Ausschussvorsitzende, die Kollegin Heike Bockmann, richten.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Es war ja keine leichte Aufgabe, Erwartungen der eigenen Fraktion nicht erfüllen zu können, sondern die Leitung des Untersuchungsausschusses unparteiisch und souverän zu handhaben. Dies ist der Ausschussvorsitzenden ausgezeichnet gelungen. Deshalb darf ich dir, liebe Heike, dafür herzlich danken. Weil es dein letzter Tag hier im Parlament ist, verbinde ich dies auch gern mit guten Wünschen für den weiteren beruflichen und privaten Lebensweg.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP und Zustimmung bei der SPD)

Vorab auch eine kurze Bemerkung zur Arbeit der Fraktionen im Untersuchungsausschuss. CDU und FDP haben die Mehrheitsrechte zu keinem Zeitpunkt in der Ausschussarbeit missbräuchlich gestaltet.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Die Rechte der Minderheit wurden beachtet. Die Ankündigung der Klage vor dem Staatsgerichtshof in Bückeburg wegen Verletzung der Minderheitenrechte wurde zum peinlichen Vorgang für die Opposition.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Warum wurde denn nicht vereidigt?)

Herr Wenzel, Ankündigung der Klage mit großem politischen Paukenschlag und dann stille Beerdigung - das war der Vorgang.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Was ist denn mit der Vereidigung, Herr Dinkla?)

Nun zur Sache, meine Damen und Herren. Nach Ihren Reden, Herr Will und Herr Hagenah, greift bei mir nur noch Plan B. Ich hatte bis zuletzt die Hoffnung, dass Sie in der Lage sind, wenigstens im Ansatz einen Rest von objektiver Bewertung der Ausschussarbeit vorzutragen. Aber nach diesen Reden, dem offenen Brief an den Ministerpräsidenten mit der Anhäufung völlig unhaltbarer Anschuldigungen und den politisch durchsichtigen und abzulehnenden Rücktrittsforderungen ist eines klar: Sie wollen das Projekt JadeWeserPort bis zum Wahltag für Wahlkampfzwecke instrumentalisieren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ob der Hafenanbau realisiert wird, wann er realisiert wird, ob das tolle Projekt nur noch von Negativschlagzeilen begleitet wird, interessiert Sie nicht die Bohne.

(Werner Buß [SPD]: Das ist eine Frechheit!)

Sie bewegen sich vor der Landtagswahl in einem Gebräu aus Behauptungen, Gerüchten und Tatsachenverdrehungen. Wie am Fließband produzieren Sie Pressemitteilungen und Briefe mit Begriffen wie „Rechtsbeugung“, „Rechtsbruch“, „Manipulation“ und „Korruption“. Bei zweifellos vorhandenen Widersprüchen bei Zeugenaussagen suchen Sie sich die aus, die Ihnen am besten passen.

(Erhard Wolkühler [SPD]: Na klar! Wie Sie!)

„Unterschlagung“ und „Veruntreuung“ fehlen in Ihrem Katalog übrigens noch.

Aber Sie müssen sich fragen lassen: Wofür haben Sie heute, am 16. Januar 2008, Beweise, die Ihre politischen Forderungen überhaupt im Ansatz rechtfertigen?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie agieren nur nach dem Prinzip: Bei der Regierung wird schon etwas hängen bleiben. Aber die Regierung und insbesondere der Wirtschaftsminister haben es genau richtig gemacht. Sie haben nicht hineinregiert, sondern geachtet, dass die eigens gegründeten Gesellschaften eigenverantwortliche Entscheidungen fällen, für die Geschäftsführung und Aufsichtsrat dann allerdings auch verantwortlich sind; dies möchte ich hier betonen.

Ich halte fest - ich möchte das, was Herr Bode bereits erläutert hat, nicht im Detail wiederholen -: Für die erhobenen Vorwürfe der Koppelgeschäfte, der Manipulation, der Verzögerung, der Rechtsbeugung, des Rechtsbruchs und der Korruption gibt es in der Status-quo-Analyse keinen einzigen belastbaren Beweis.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Dinkla?)

Beweise sind erforderlich - und nicht eine parteipolitisch gefärbte Gerüchteküche! Die Opposition muss endlich diese Märchenstunde beenden, diese Landesregierung hätte Zeitverzögerungen zu verantworten. Meine Damen und Herren, ohne die positive Entscheidung des OVG Lüneburg ist ein Baubeginn in Wilhelmshaven praktisch nicht möglich,

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Sofortvollzug! Das ist falsch!)

weil die finanziellen und rechtlichen Risiken zu groß wären, Herr Jüttner.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Das ist doch Unfug!)

Auch die Verlängerung der Zuschlagsfristen ist ohne Belang; denn das OVG Lüneburg hat bis heute nicht entschieden. Ich hoffe - wie viele hier im Parlament -, dass die Entscheidung bald positiv ausfällt und der erste Rammschlag erfolgen kann. Aber verschonen Sie uns bitte mit den absurden

Vorwürfen, diese Regierung hätte Zeitverzögerungen zu vertreten. Die gibt es nicht!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Das ist schlicht und einfach nicht wahr!)

Wenn nun die Opposition fordert, noch vor der Entscheidung des OVG mit dem Bau zu beginnen, dann ist dies verantwortungslos. Aber dass Sie diese Forderung dann auch noch mit politischer Amnesie koppeln, ist nun wirklich nicht mehr auszuhalten! Herr Jüttner, was den vorzeitigen Baubeginn angeht, ist die SPD wahrlich kein guter Ratgeber. Sie, Herr Jüttner, waren doch für den vorzeitigen Baubeginn beim Emssperrwerk mitverantwortlich. Dies hat das Land mit fast 20 Millionen oder, wenn ich Zins und Zinseszins dazurechne, mit 35 Millionen belastet!

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Bei Ihnen geht es doch um das Zigfache!)

Auch beim Emssperrwerk hat es übrigens später Baumängel gegeben. Wissen Sie, was mir auf den Senkel geht? - Die selbst ernannten sozialdemokratischen und grünen Perfektionisten, die alles besser können, alles besser wissen und als Hobbyjuristen und Wasserbautechniker wahre Koryphäen sind.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Christian Dürr [FDP]: Sehr gut!)

Wir haben lernen dürfen, dass es verschiedene Arten von Vergaberechtlern gibt: Es gibt renommierte Vergaberechtlern, und es gibt fachlich unbelastete Pseudovergaberechtlern mit besonderer Erfahrung für Korrosionsschutz und Epoxidharz.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dieser letzten Gruppierung gehörten die Vertreter der Opposition an. Uns in den Regierungsfraktionen war bald klar: Es ist und es läuft wie beim Transrapid-Ausschuss: Die Opposition packt es auch diesmal nicht!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Jüttner und Herr Wenzel, ich sage Ihnen: Sie haben auch diesen Untersuchungsausschuss politisch versemmt!

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Lesen Sie auch Zeitungen, Herr Dinkla?)

Herr Jüttner, Sie haben diesen Untersuchungsausschuss gegen die Fraktion der Vernunft in Ihrer eigenen Fraktion durchgesetzt.

(David McAllister [CDU]: Genau!)

Die Option „Prüfung durch die Landesrechnungshöfe“ wurde in letzter Minute von Ihnen persönlich gekippt, weil Sie den PUA als politisches Kampfinstrument haben wollten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ziel war der politische Generalangriff gegen die Landesregierung. Man muss zugeben, dass das nicht illegal ist. Aber dann müssen Sie in der Konsequenz auch unsere politischen Schlüsse und Bewertungen ertragen.

Mit Ihrem inszenierten politischen Schachspiel wollten Sie, Herr Jüttner, die Regierung schachmatt setzen - seien Sie ehrlich! -: den Ministerpräsidenten schwächen, den Rücktritt von Minister Hirche erzwingen, nur um Ihre Position zur Landtagswahl zu verbessern. Das war erklärtes Ziel dieser Aktion.

(Beifall bei der CDU)

Aber Ihr Schachspiel mit dem Ziel schachmatt verlief ganz anders: Die Arbeit im Untersuchungsausschuss wurde zunehmend kleinteiliger. Nachdem sich Ihre politischen Nahkampfspezialisten mit Details befassten, die mit dem Untersuchungsauftrag gar nichts mehr zu tun hatten, wurde es manchmal auch kleinkariert. Es ist, wie es ist: Auf Pepita kann man eben nicht Schach spielen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Elke Müller [SPD]: Kommen Sie doch endlich einmal zur Sache!)

Herr Jüttner und Herr Wenzel, ich sage Ihnen: Politisch wird Ihnen dieser Untersuchungsausschuss nichts bringen. Ihren eigenen Genossen in Wilhelmshaven hängt dieses inszenierte Wahlkampfgetöse zum Hals raus!

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Das wüsste ich aber, Herr Dinkla!)

Sie hätten Ihre Abgeordneten besser in die Wahlkreise geschickt, um dort Wahlkampf zu machen.

Eines kam ja noch hinzu, was für die SPD besonders überraschend war und sie in ein Dilemma stürzte: Das oppositionelle Kanonenboot mit den Kapitänen Jüttner und Wenzel sowie den Richtkanonieren Will und Hagenah hatte sich schwer bewaffnet auf den Weg gemacht und auf alle beweglichen politischen Ziele gefeuert. Das Ergebnis war aber, dass auf der Ebene der Landesregierung keine nennenswerten Treffer festgestellt werden konnten, dass jedoch viele Treffer in Bremen landeten. Militärisch würde man - im übertragenen Sinne - von „friendly fire“ sprechen: Wenn Genossen Genossen angreifen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Jüttner, ich gehe nicht davon aus, dass Sie auf dem nächsten Parteitag der SPD in Bremen durch Bürgermeister Böhrnsen besonders geehrt werden.

(Heiterkeit bei der CDU und bei der FDP)

Ich sage ausdrücklich, dass diese kritischen Bewertungen in Richtung Bremen in der Sache weitgehend gerechtfertigt sind und von uns als CDU - Herr Bode hat es gesagt - auch weitgehend gestützt werden.

Ich sage Ihnen aber auch Folgendes - mit allem Ernst -: Über diesen Tag hinaus dürfen wir aus der politischen Verantwortung für das Gelingen des großen Projektes in Wilhelmshaven nicht nur politisch verbrannte Erde hinterlassen. Wenn der Rauch des Wahlkampfes verfliegen ist, Herr Wenzel, und SPD und Grüne ihre Niederlage verwunden haben, muss der Versuch unternommen werden, die Partnerschaft mit Bremen neu zu definieren und von Irritationen zu befreien.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Da sind Sie genau der Richtige!)

Das betrifft personelle Entscheidungen, aber auch andere vertrauensbildende Maßnahmen, damit eine künftige Zusammenarbeit ohne Haken und Ösen und ohne Finten und Täuschungen möglich ist.

(Zuruf von Stefan Wenzel [GRÜNE])

- Herr Wenzel, Sie können mich noch so stören, aber Sie bringen mich nicht aus dem Konzept.

(Beifall bei der CDU)

All dies hat ja eine Vorgeschichte und ist nicht über Nacht entstanden. Deshalb nun zum Zeugen Gabriel, der ja quasi als „Berliner Großmogul“ hier in Hannover einschwebte und vor dem Tagungsraum des Untersuchungsausschusses gegenüber der NWZ Richtung Landesregierung äußerte: „Die sind zu blöd, so ein Projekt durchzuziehen.“

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

- Warten Sie es ab! - Herr Gabriel scheint zu glauben, dass CDU und FDP der Amboss sind, auf dem er ungestraft herumhämmern kann. Er irrt! Was er auf Bali sagt, interessiert mich nur begrenzt. Aber dieser üble Angriff gegen die Landesregierung bleibt nicht unkommentiert. Wer sich als erfolgloser und vom Wähler abgestrafter Ministerpräsident hier in Niedersachsen vom Acker macht, sollte uns mit solchen unqualifizierten Äußerungen verschonen!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - David McAllister [CDU]: Genau!)

Wir schlagen uns seit Jahren mit seinen Fehlentscheidungen und Zugeständnissen herum, die uns bis zum heutigen Tag verfolgen. Der 23. Dezember 2002 war der schwarze Tag für den JadeWeserPort, weil an dem Tag der Wahlkämpfer Gabriel alle denkbaren Zugeständnisse in Bremen gemacht hat, um seine Chancen für die anstehende Landtagswahl zu verbessern.

(Ursula Körtner [CDU]: Genau!)

Doppelte Geschäftsführung, Vetorechte, Sonderkündigungsrechte und auch der Verzicht auf den Erbbauzins mit 4,5 Millionen gehören dazu.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das war die teuerste und folgenschwerste Dienstreise, die je ein Niedersächsischer Ministerpräsident in ein anderes Bundesland gemacht hat!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Politisch hat es ihm noch nicht einmal etwas gebracht. Zudem hat die Arbeit im PUA gezeigt, dass diese leichtfertigen Zusagen - übrigens gegen die Empfehlung der beteiligten Ressorts in Hannover - zu einem erheblichen Teil zu den Problemen bei der Projekterarbeitung und -vergabe beigetragen haben.

Das Schärfste ist ja wirklich - wir haben es eben noch einmal gehört -, dass Herr Hagenah die Korrektur dieser gabrielschen Zugeständnisse beim Erbbauzins, die 2006 nach schwierigen Verhandlungen erreicht werden konnten, als Erpressung durch die jetzige Landesregierung darstellt. Das ist ja wohl ein Stück aus dem Tollhaus!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das ist eine gute Überleitung zu der Frage der Taktik und der mangelnden Seriosität der Oppositionsfractionen. Man brauchte ja nur die Überschriften der Presseerklärungen zu lesen, um zu sehen, wo es politisch langgehen sollte.

Doch dann kam eine Presseerklärung, die dem Fass den Boden ausschlug. Herr Hagenah hat dort gesagt: „Da muss es drunter und drüber gegangen sein wie in einer Bananenrepublik.“ - Herr Hagenah, Sie bekommen meine Antwort: CDU und FDP sind stolz auf dieses Land.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Auf diese Bananenrepublik!)

Sie sind stolz auf die Betriebe und die Menschen, die hier arbeiten. Deshalb grenzt das, was Sie aus parteitaktischem Kalkül glaubten sagen zu müssen, nach meiner Bewertung an politische Nestbeschmutzung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Aber es gibt auch andere sprachliche Entgleisungen. Herr Holtermann hat eine ganze Branche der Bauindustrie und des Mittelstandes abqualifiziert. „Pack schlägt sich, Pack verträgt sich“, hat er gesagt. Auch das ist indiskutabel. Dass große Firmen - auch Bietergemeinschaften - mit allen rechtlichen Möglichkeiten um die großen Aufträge ringen, darf man nicht so abqualifizieren.

Wir gehen davon aus, dass die niedersächsische Bietergemeinschaft Bunte ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen kann und diese große Herausforderung auch in dem vorgesehenen Zeitfenster abwickelt. Dazu wünschen wir den Firmen eine glückliche Hand. Ziel bleibt, dass Ende 2010 die ersten Containerschiffe an einem oder zwei Liegeplätzen abgefertigt werden können. Das Einzige, worauf Wilhelmshaven und die ganze Region wartet, ist der Baubeginn, damit neue, sichere Arbeitsplätze entstehen können, und der Start auch der großen begleitenden Investitionen von über 5 Milliarden Euro.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Werner Buß [SPD]: Mit diesem Minister dauert es noch länger!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere politische Überzeugung steht wie eine Eins. Der JadeWeserPort ist eine große Chance. CDU und FDP wollen für Wilhelmshaven ein neues Tor zur Welt aufstoßen. Dadurch schaffen wir Arbeitsplätze und machen Niedersachsen zum Gewinner der Globalisierung.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich will auch folgendes sagen: An dem Tag, an dem die erste Spundwand steht, kommt politisch auf uns eine neue Aufgabe zu: Wir müssen uns dann um den nächsten Bauabschnitt kümmern, um die Erweiterung. Das jetzige Projekt ist nicht der Endpunkt, es ist der Beginn. In den nächsten Jahren werden die maritimen Verkehre wachsen und wachsen. Wir wollen, dass unsere niedersächsischen Häfen - besonders Wilhelmshaven - daran partizipieren.

Sie als alte und neue Opposition haben in der nächsten Legislaturperiode die große Chance, politischer Verantwortung einen höheren Stellenwert einzuräumen als politischem Kalkül. Aber ich bin davon überzeugt, dass es bei der jetzigen und bewährten Arbeitsteilung bleibt. Minister Hirche kümmert sich weiter erfolgreich und überzeugend um den maritimen Bereich und lässt Häfen bauen, während Sie weiter im Seenebel stochern.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir sind die Abteilung, die sich um das Zukunftsland Niedersachsen kümmert, und Sie sind die Abteilung für erfolglose Untersuchungsausschüsse.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Mit dieser Lösung kann Niedersachsen bestens leben.

Politisch treibt uns aber noch etwas anderes um, besonders jetzt kurz vor der Wahl. Es ist die Fürsorgepflicht für unser Land. Diese Opposition als Regierung, dieser Oppositionsführer als Ministerpräsident, Regierungsfraktionen, die ihren politischen Schwerpunkt der Zukunftsgestaltung des Landes in Untersuchungsausschüssen sehen - das wollen, nein, das *müssen* wir Niedersachsen ersparen. - Ende der Durchsage. Herzlichen Dank!

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP - Dr. Philipp Rösler [FDP]: Sehr gut!)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Kollege Hagenah hat sich zu einer Kurzintervention gemeldet. Bitte schön!

(David McAllister [CDU] - zu SPD und GRÜNEN -: Ihr habt schon wieder eine Debatte verloren!)

Enno Hagenah (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ein Mann wie Herr Dinkla blind für Fakten schlichtweg pauschal auskeilt, dann ist das ein untrügliches Zeichen für die Haltlosigkeit der Position, die er hier vertreten muss.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Lachen bei der CDU)

Herr Dinkla, es ist allzu entlarvend, wenn Sie sagen, Ziel bleibe die Fertigstellung im Jahr 2010. Rechnen Sie einmal! Auch Sie kennen die Ausschreibungsunterlagen. Nach den Ausschreibungsunterlagen beträgt die Bauzeit fast vier Jahre, wenn das Wetter gut ist. Wenn wir, optimistisch gesehen, den Baubeginn für morgen unterstellen, dann liegt die Fertigstellung Ende 2011/Anfang 2012. So viel zu Ihrem Ziel. Da sind Sie butterweich, und Sie wissen auch, warum.

Nun zu der Feststellung „Bananenrepublik“ einige kleine Hinweise, die das sehr gut belegen. Druck von Herrn Erdmann gegenüber Herrn Ehmen: „Der Staatssekretär erwartet Ihre Unterschrift“, ist - so der Zeuge Ehmen - von Herrn Erdmann gegenüber Herrn Ehmen gesagt worden. Oder Druck von Herrn Erdmann gegenüber Herrn Starke: Die VOB ist außer Kraft gesetzt.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Unglaublich!)

Druck gegenüber dem Anwalt van Dyk, durch Vermerk über den entsprechenden Tag festgehalten: Die in Papierform vorliegende Unterlage ist nicht die Vergabeakte. - Das ist Bananenrepublik pur, Herr Dinkla!

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Kollege Hagenah, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Bitte nehmen Sie Platz!

Enno Hagenah (GRÜNE):

Das war auskömmlich.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Meine Damen und Herren! Wenn der Kollege Wenzel ausgeklatscht hat, darf er reden. - Bitte schön! Herr Kollege Wenzel, aber nur sieben Minuten.

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, in der *taz* von gestern werden Sie mit den Worten zitiert:

„Im Untersuchungsausschuss hat sich gezeigt, wie bei der Vergabe gezerzt und gezurrt wurde. Das hat mir gezeigt, wie klug es war, dass ich“

- das ist ein Zitat von Ihnen -

„und Wirtschaftsminister Hirche sich da herausgehalten haben.“

Das ist eine wirklich bemerkenswerte Aussage, Herr Wulff.

(Ministerpräsident Christian Wulff: Es geht um das Vergaberecht!)

Herr Ministerpräsident, Sie haben sich hier ein Urteil eingefangen. Das Vergabeverfahren zum JadeWeserPort war nicht korrekt. Das hat das Gericht festgestellt. Sie haben den Prozess verloren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Da wurde nicht nur ein bisschen gekungelt. Da wurde gelogen, da wurde betrogen, da wurde verleumdet, da wurden Richtlinien missachtet, da wurden Regeln gebrochen, und da wurden am Ende Mitarbeiter denunziert. Ein Beamter, der sich auf die Korruptionsrichtlinie bezogen und gesagt hat: „Das kann ich nicht tun“, wurde entlassen - von Ihnen!

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Das ist Bananenrepublik!)

Das nennen Sie Gezerre? - Das war kein Gezerre! Das war Rechtsbeugung, und meines Erachtens hat es auch Rechtsbruch gegeben!

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Das ist auch strafverdächtig. Was noch schlimmer ist: Von alldem haben Verantwortliche der Landesregierung gewusst, und sie waren aktiv daran beteiligt. Ihnen fällt aber nichts Besseres ein, Herr Wulff, als sich hier selbst dafür zu loben, dass Sie sich da herausgehalten haben. Das ist doch ein schlechter Witz, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Herr Wulff, Sie sind mitten drin. Das ist Ihr Hafenprojekt, Ihr Staatssekretär, Ihr Wirtschaftsminister. Sie und Ihr Wirtschaftsminister tragen die politische Verantwortung,

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

zumindest theoretisch. In der Praxis wollen Sie ja wieder nichts gewusst haben. Von Herrn Hirche kennen wir das aus Bonn, aus Berlin, aus Brandenburg. Egal welches Projekt in den Sand gesetzt wurde: Mein Name ist Hase, ich heiße Walter Hirche, und ich weiß von nichts.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zuruf von Minister Walter Hirche: Da waren Sie überall dabei?)

Herr Wulff, Sie wussten natürlich schon gar nicht von irgendetwas. Sie sind ja klug,

(Clemens Große Macke [CDU]: Das stimmt!)

Sie halten sich da heraus. Sich aus allem herauszuhalten ist schon ein merkwürdiges Prädikat für einen Regierungschef, vor allem für einen, der vor seinem Amtsantritt hier von diesem Platz, an dem ich jetzt stehe, aus versprochen hat, dass er für Verlässlichkeit, für Klarheit, für Wahrheit

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - David McAllister [CDU]: Das hat er eingehalten!)

und für Entschiedenheit stehe, für einen, der versprochen hat - Herr McAllister, zitieren wir doch Ihren Ministerpräsidenten! -, auf keinen Fall einen Regierungsstil fortzusetzen, Entscheidungen vom Parlament wegzuverlegen, um sich selbst nicht der Kritik stellen zu müssen.

Herr Wulff, Sie wollten keinen Untersuchungsausschuss. Das hat Herr Dinkla hier eben noch einmal zum Besten gegeben. Sie haben vor drei Monaten noch behauptet: Alles ist in Butter,

(Axel Plaue [SPD]: Die Butter war ranzig!)

alles nur Theater der Opposition. - Sie halten sich für schlau, dass Sie sich da herausgehalten haben. Fünf Jahre lang haben Sie hier eine Menge Erklärungen abgegeben, elf Regierungserklärungen haben Sie hier mit düftigem Inhalt vortragen lassen. Aber wehe, es wurde dramatisch. Dann schien es Ihnen klüger, sich da herauszuhalten, Herr Ministerpräsident. Was alles haben wir von Ihnen zu VW, zu Transrapid, zu Airbus oder zu den fünf verfassungswidrigen Gesetzen, die von deutschen Gerichten einkassiert wurden, gehört?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Nun zu dem Urteil des Oberlandesgerichts zum JadeWeserPort. Sie haben in Talkshows immer wieder beklagt, dass Führungskräfte keine Vorbilder seien. Immer wieder waren Sie vorne mit dabei, wenn im Fernsehen Kartelle, Seilschaften und Beziehungsgeflechte gerügt wurden. Angesichts Ihres eigenen Verhaltens in diesem Fall ist es doch ein Hohn, was Sie da geschwätzt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Widerspruch von David McAllister [CDU])

Sie waren vielleicht nicht persönlich beteiligt.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Er hat den Vermerk doch bekommen!)

Aber eine weiße Weste haben Sie nicht mehr. Sie wird noch schmutziger, wenn Sie das durchgehen lassen und weiter Ihre schützende Hand über diesen Wirtschaftsminister und den Staatssekretär halten.

Ihre Amtszeit wird in die Geschichte als die Zeit eingehen, in der man verfassungswidrige Gesetze und unsaubere Geschäfte machen konnte

(Lachen bei der CDU)

und keine politische Verantwortung dafür übernommen hat,

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

und als die Zeit, in der es klug war, sich herauszuhalten und sich nicht der Verantwortung zu stellen.

(Clemens Große Macke [CDU]: Sie haben schwach angefangen! Aber jetzt wird es noch schwächer!)

Das ist meiner Meinung nach eine Kapitulationserklärung Ihrer Politik - für einen Ministerpräsidenten allemal. Von Kant gibt es ein schönes Zitat:

„Das Recht muss nie der Politik, wohl aber die Politik jederzeit dem Recht angepasst werden.“

Ihr Kabinett - mit einem Haufen Juristen - hat immer wieder gezeigt, dass Sie es anders herum halten. Noch bitterer ist es, dass ein Ministerpräsident, der sich immer auf Personen wie John F. Kennedy und Martin Luther bezieht oder gar Nelson Mandela zitiert, nicht den Mumm aufbringt, hier zu sagen: Wir haben einen Fehler gemacht, und weil wir einen Fehler gemacht haben, ziehen wir die Konsequenzen und schicken diesen Wirtschaftsminister in die Wüste, der schlicht und einfach versagt hat.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - David McAllister [CDU]: Hören Sie doch auf zu schauspielern! Das steht Ihnen nicht!)

Dass Sie diese Kraft nicht aufbringen, Herr Wulff, obwohl Sie es besser wissen - in Ihrem Herzen wissen Sie, dass es richtig wäre, diesen Wirtschaftsminister zu entlassen -, ist ein Schaden für die politische Kultur in diesem Land.

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Herzlichen Dank.

(Starker, anhaltender Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Kollege Jüttner, Sie haben eine Minute Redezeit. Bitte schön!

Wolfgang Jüttner (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Wulff hat vor Tagen gesagt, er habe eine wirtschaftspolitische Baustelle: Karmann. - Ich stelle hier fest: Er hat viele. Bei Volkswagen sitzt er am Katzentisch. Bei FinanzIT hat er sich nicht gekümmert. Bei TUI hat er keine Meinung.

(Widerspruch bei der CDU)

Beim JadeWeserPort hat er zugelassen, dass vonseiten der Landesregierung rechtswidrig agiert wird. Dieser Ministerpräsident ist ein wirtschaftspolitischer Totalversager. Wer klug ist, wählt ihn ab.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Lachen bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Zu einer Kurzintervention hat der Kollege Dr. Rösler das Wort.

Dr. Philipp Rösler (FDP):

Herr Präsident! Herr Kollege Jüttner, wenn das Ihr großer letzter Auftritt gewesen sein soll, dann halte ich fest: Der ist Ihnen auf jeden Fall schon einmal misslungen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die einzige Schwierigkeit, die wir bei dem Projekt JadeWeserPort haben, ist doch die für das Land ungünstige Aufteilung:

(Heiner Bartling [SPD]: Das Büblein vergibt Zensuren!)

Mitspracherecht für Bremen und Niedersachsen jeweils 50 %, aber Kosten für das Land Niedersachsen 80 % und Kosten für das Land Bremen 20 %.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Diese für das Land nachteilige Regelung liegt in der alleinigen Verantwortung der SPD.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Dass Sie jetzt hier versuchen, das zu skandalisieren, ist deswegen für Sie als SPD, Herr Jüttner, mehr als peinlich.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Sagen Sie doch einmal etwas zum Vergabeverfahren!)

Wir jedenfalls sagen Ihnen, dass die Wahrheit immer stärker ist als die Lüge. Vielleicht ist sie nicht immer so laut, Herr Jüttner. Vielleicht ist sie auch nicht immer so schnell. Aber dieser Untersuchungsausschuss hat sie in der Tat ans Licht gebracht.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Warum ist dann nicht vereidigt worden?)

Sie ist in einem Satz zusammenzufassen: Die Opposition macht mit dem JadeWeserPort billigen und einfachen Wahlkampf. Diese Regierungskoalition aus CDU und FDP baut den Hafen.

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU - Wolfgang Jüttner [SPD] begibt sich an das Redepult)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Jüttner, ich frage Sie: Was möchten Sie da am Mikrofon?

(Lachen bei der CDU und bei der FDP - Unruhe bei der SPD und bei den GRÜNEN)

- Moment! In diesem Saal wird geredet, wenn ich darum bitte. - Wollten Sie das Wort zu einer Kurzintervention haben?

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Zur Antwort!)

Mir ist das nicht aufgefallen. Ich habe Ihre Meldung nicht gesehen. - Jetzt sagen Sie mir, dass Sie darauf antworten möchten. Sie haben noch 30 Sekunden. Sie haben jetzt das Wort.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Nein, Herr Präsident! Er hat anderthalb Minuten zur Antwort! - Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN - Zurufe von der CDU: Schluss!)

- Herr Kollege Jüttner, Sie möchten also auf die Kurzintervention antworten. Dann haben Sie anderthalb Minuten. Bitte schön!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

- Ich bin ja kein Hellseher. Diese Fähigkeit habe ich nun nicht. - Bitte schön, Sie haben das Wort.

(Unruhe)

- Wenn Sie jetzt schweigen, wenn auch Herr Bachmann schweigt, dann können wir uns wieder der Beratung zuwenden.

Wolfgang Jüttner (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich erstens ausdrücklich beim Land Bremen dafür bedanken, dass es 100 Millionen Euro für ein niedersächsisches Projekt, das in Niedersachsen Beschäftigung bringt, gegeben hat. Das war eine klasse Geschichte.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zweitens. Ich habe gestern Abend mit Herrn Böhrnsen verabredet, dass wir dieses Projekt nach der Landtagswahl zügig gemeinsam vorantreiben und uns darum bemühen

(Lachen bei der CDU und bei der FDP)

- witzig, was? -, auch Hamburg wieder ins Boot zu bekommen, weil das für ganz Norddeutschland von zentraler Bedeutung ist.

Ich sage hier abschließend: In meiner Regierungszeit wird es Rechtsbrüche nicht mehr geben. Das wird das Neue sein.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Das Wort hat jetzt Herr Minister Hirche.

Walter Hirche, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es geht hier um das größte Projekt des Landes, den JadeWeserPort. Ich bin schon erstaunt darüber, dass es einen Zwischenruf gibt, wonach der Wirtschaftsminister hierzu nicht sprechen sollte. Erst werfen Sie mir vor, ich hätte mich nicht genügend

darum gekümmert, und dann wollen Sie wohl dazu beitragen, dass ich hier nicht rede.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Wer hat das denn gesagt?)

Wer die Opposition heute gehört hat und die Sachverhalte kennt - das haben die Kollegen Bode und Dinkla klargemacht -, der denkt, er ist im falschen Film.

Erstens. Es gibt keine Verzögerung des Hafenausbaus wegen der Vergabe des Baubeschlusses. Über den Baubeginn entscheidet einzig und allein das OVG im Rahmen der Eilverfahren zum Planfeststellungsbeschluss. Mit unseren Beschränkungen auf bauvorbereitende Maßnahmen wollen wir den Fehler der SPD vermeiden, der beim Emssperrwerk zur Stilllegung der Baustelle und zu Mehrkosten von nahezu 20 Millionen Euro geführt hat.

Übrigens hat mir der Geschäftsführer der bauausführenden Biege Bunte vor genau einer Woche in Oldenburg versichert, dass Stahl rechtzeitig zur Verfügung stehe - auch das wurde ja von der Opposition bezweifelt - und dass man die Arbeiten so organisieren könne, dass die ersten Schiffe 2010 Umschlag tätigen könnten. Meine Damen und Herren, ich glaube dem mehr als jeder Behauptung der Opposition.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Zweitens zu den Kosten. Es wird keinen Verlust von EU-Mitteln geben. Es sind alle Vorkehrungen getroffen, mindestens 50 % der für den JadeWeserPort vorgesehenen Mittel für andere Hafenausbaumaßnahmen im Lande einzusetzen. Das alles ist Ihnen bekannt.

Anders als die SPD haben wir durch eine neue Organisation vermieden, dass Mehrwertsteuerzahlungen anfallen - eine Ersparnis im deutlich zweistelligen Millionenbereich.

Die von der SPD ohne Bundeszusage angesetzten Einnahmen in Höhe von 89 Millionen Euro haben sich als Spekulationsblase erwiesen. Ihre Mißpläne waren falsch, wie auch der Landesrechnungshof feststellt.

Schließlich haben wir einen Erbbauzins von 4,5 Millionen Euro jährlich neu herausgehandelt. Das macht über die nächsten 40 Jahre eine Besserstellung bei den Einnahmen von 180 Millionen Euro.

Das Land hat aus dem Verwaltungshandeln nicht Schaden, sondern gemehrten Nutzen genommen. Meine Damen und Herren, Sie verwechseln plus und minus.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Drittens. Es gab keine rechtswidrigen Eingriffe in das Vergabeverfahren. Weder die Vergabekammer noch das OLG hat den Ablauf des Verfahrens beanstandet. Die juristische Differenz in der wichtigen Polderschlussfrage ändert nichts daran. Unterschiedliche Auffassungen gibt es unter Juristen häufiger.

Keine Verzögerungen, kein Geldverlust, keine rechtswidrigen Eingriffe - aber die Opposition streut Verdächtigungen und haltlose Verleumdungen. Deutlich wird ihre Linie aus dem eigenen Bericht. In dem Bericht von SPD und Grünen steht im Zusammenhang mit dem Hinweis auf einen Zeugen, der ohne jeden Beweis Korruptionsverdacht geäußert hat, mangels jeden Beweises allen Ernstes Folgendes:

„Dem Ausschuss liegen keine Erkenntnisse vor, die einen von Zeugen geäußerten Korruptionsverdacht ausschließen.“

Meine Damen und Herren, lassen Sie sich diesen Satz auf der Zunge zergehen!

(Zurufe von der FDP und von der CDU: Unglaublich!)

Er bedeutet, dass ein Vorwurf berechtigt ist, wenn sich in den Akten nichts findet.

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: Niedrigstes Niveau!)

Aus der Tatsache, dass man nichts beweisen kann, wird geschlussfolgert, es sei so wie unterstellt gewesen. Das ist die Linie von SPD und Grünen in diesem Zusammenhang:

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Verdächtigung statt Beweis, fehlender Beweis gleich Bestätigung des Verdachts. - Meine Damen und Herren, wenn aus CDU oder FDP ein solcher Satz gesagt worden wäre, dann hätten Sie uns der Aufgabe des Rechtsstaates geziehen. Und das ist Ihre Linie in diesem Bericht, meine Damen und Herren! Es ist erschreckend, wohin Sie gekommen sind.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das alles erinnert sehr an das alte Schulbeispiel, wie man es nicht machen soll: Aristoteles war ein alter Fuchs. Füchse haben vier Beine. Also hatte auch Aristoteles vier Beine. - So, meine Damen und Herren, argumentiert in diesem Zusammenhang die SPD.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Selbst wenn man bei diesem Verfahren - wie übrigens bei jedem anderen Verfahren auch - sagen kann, dass es hier und dort Fehler gegeben habe, so hat dies nichts mit rechtswidrigem Verhalten zu tun. Keine Fehler machen übrigens nur Heilige oder Scheinheilige, mit denen wir es hier zu tun haben.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Schwierigkeiten der Opposition zeigen sich in dem ständigen Wechsel ihrer Angriffe. In Variante 1 geht es darum, den Vorwurf zu erheben, dass in das Verfahren rechtswidrig eingegriffen worden sei. In Variante 2 jedoch geht es darum, dass die Opposition beklagt, dass die Landesregierung nicht den Kurs für die Vergabe festgelegt habe. Man kritisiert also die nach Recht und Gesetz gebotene Zurückhaltung der Landesregierung. Hätte die Landesregierung aber politisch-strategische Vorgaben gemacht, wäre genau das der eklatante Verstoß gewesen, den man in der Variante 1 unterstellt. Genau einen solchen Verstoß gegen das Vergaberecht hat Herr Wenzel hier eben am Pult öffentlich gefordert. Meine Damen und Herren, das ist ungeheuerlich!

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Der Kollege Jüttner hat im Juni letzten Jahres gesagt, die Landesregierung hätte zugunsten des Sondervorschlags in das Vergabeverfahren eingreifen sollen. Meine Damen und Herren, auch das wäre ein Verstoß gegen Recht und Gesetz, gegen die Vergabegrundsätze gewesen. Auch wenn eine Lösung preiswerter ist, muss sie von einer Gesellschaft dennoch auf ihre Sicherheit und Standfestigkeit hin untersucht werden. Entsprechende Einwände müssen sich in den Akten finden. Sie müssen widerlegt werden, meine Damen und Herren. Das ist im vorliegenden Fall aus der Sicht der Geschäftsführung - das war keine Sache, die das

Ministerium oder die Landesregierung zu erwägen hatte - aber nicht ausreichend gemacht worden.

Meine Damen und Herren, auch im Hinblick auf andere Rechtsfragen haben unterschiedliche Auffassungen bestanden. Wenn ich es aber richtig sehe, haben Sie, Herr Kollege Jüttner, als Sie als Umweltminister einen Gesetzentwurf zum Nationalpark „Elbtalau“ vorlegen wollten, eine Gerichtsniederlage erlitten. Die SPD hat mit ihren Hochschulvorstellungen in Niedersachsen und auf Bundesebene Niederlagen vor höchsten Gerichten erlitten. Ihr Innenminister ist vor dem Staatsgerichtshof in Bückeburg mit bestimmten Regelungen gescheitert, meine Damen und Herren.

(Heiner Bartling [SPD]: Welche denn? Welche?)

- Mit den Finanzausgleichsregelungen, Herr Bartling.

(Heiner Bartling [SPD]: Da hat die CDU verloren, aber nicht wir! Irrtum, Herr Hirche, Irrtum!)

- Herr Bartling, Ihre Einwände nehme ich gern entgegen. Sie bestätigen damit aber gewollt oder ungewollt eines: Die Gerichte entscheiden gelegentlich anders, als es sich Fraktionen oder Parteien vorstellen. Das hat nichts damit zu tun, dass wir Ihnen oder Sie uns vorwerfen können, dass sei rechtswidrig. Es waren vielmehr nur unterschiedliche Auffassungen. Das war auch in diesem Fall so, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das Interesse des Landes Niedersachsen liegt einzig und allein darin, zusammen mit Bremen einen nach Weltmaßstäben standsicheren Hafen innerhalb eines berechenbaren Zeitfensters zu bauen. In Kooperation mit Bremen und morgen hoffentlich vielleicht auch in Kooperation mit Hamburg müssen wir diese Chance für die Küste wahrnehmen. Wir haben die Chance, die Küste neu aufzustellen. Wenn die bauausführende Firma mir sagt, dass der Hafen seinen Betrieb nach wie vor im Jahr 2010 aufnehmen kann, dann messe ich dem mehr Bedeutung bei als Äußerungen der Opposition. Das gilt auch für alle Finanzfragen, meine Damen und Herren.

Fazit vor Ort ist doch schon jetzt, dass die Industrieansiedlungen zunehmen, dass wir uns bald über die zweite Ausbaustufe unterhalten müssen und

dass wir auch über die Schieneninfrastruktur von Wilhelmshaven in Richtung Ostfriesland neu nachdenken können. Insofern hat diese Initialzündung, bei der wir uns durchaus auch auf den Grundlagen von Herrn Gabriel weiterbewegt haben, wie hier schon oft genug gesagt worden ist, die richtige Richtung gezeigt. Dass die SPD zuerst mit Gabriel die Grundlagen legt, uns jetzt aber vorwirft, dass wir als Regierung vertragstreu sind, ist eine Doppelzüngigkeit, eine Zwiespältigkeit, wie es sie größer nicht gibt.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich Folgendes sagen: Das Schiff segelt dem Ziel entgegen, auch wenn einmal ein Segel kaputtgeht. Die Opposition aber hat das Schiff verlassen und schwimmt jetzt nebenher. Die Richtung wollen Sie jedoch immer noch angeben. Bedenken Sie, meine Damen und Herren: Amerika wäre nie entdeckt worden, wenn die Seeleute unterwegs hätten aussteigen können.

(Werner Buß [SPD]: Schon gar nicht, wenn Sie steuern!)

Hören Sie auf mit Ihren Beschimpfungen und Verdrehungen! Seien Sie lieber etwas bußfertiger!

(Lachen und Beifall bei der FDP und bei der CDU)

CDU und FDP werden den JadeWeserPort zur Erfolgsgeschichte machen. Das werden Sie nicht verhindern. Machen Sie lieber wieder mit!

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Meine Damen und Herren, nach § 71 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung erteile ich den beiden größeren Fraktionen eine zusätzliche Redezeit von jeweils drei Minuten und den beiden kleineren Fraktionen, wenn ich es einmal so formulieren darf, von jeweils zwei Minuten. - Bitte schön, Herr Jüttner!

Wolfgang Jüttner (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben beim Sperwerk von dem Sofortvollzug Gebrauch gemacht. Das hat uns augenscheinlich einige Millionen gekostet. Sie haben auch Sofort-

vollzug beantragt. Hätten Sie davon Gebrauch gemacht, hätten Sie wahrscheinlich mehr als 100 Millionen sparen können, die Sie die Veranstaltung wegen der Stahlpreise und wegen des Wegfalls der EU-Mittel jetzt mehr kostet. Das ist ein teurer Verzicht auf den Sofortvollzug. Das sage ich Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Welches Interesse hatte Herr Wulff an diesem Thema? - Er wollte Fotos vom ersten Rammschlag noch vor dem Wahltermin, meine Damen und Herren. Nur darum ging es ihm. Am 16. Februar war die gesamte Vergabe ausgearbeitet, mit Bremen aber erkennbar nicht ohne Friktionen umsetzbar. Das hätte den Fahrplan durcheinandergebracht, meine Damen und Herren. Deshalb haben die Verantwortlichen im Ministerium und in der Realisierungsgesellschaft am 20. Februar beschlossen: Wir schmeißen das Ruder rum, egal wie die Rechtslage ist. Wir sorgen im Einvernehmen mit Bremen dafür, auch um den Preis, dass ein niedersächsisches Unternehmen, das saubere Karten hatte und den Zuschlag hätte kriegen müssen, auf der Strecke bleibt. - Ein solcher Paradigmenwechsel in der Landesregierung geht nur mit Zustimmung des zuständigen Ministers und des Ministerpräsidenten. Mit Vermerk vom 13. März ist Ihnen das vorgelegt worden, Herr Wulff. Sie hätten im Vergabeverfahren ein rechtswidriges Verhalten stoppen können. Sie hätten stoppen können, dass ein Beschäftigter des Landes Niedersachsen, ein qualifizierter und unbescholtener Mensch, fristlos entlassen wird. Sie hätten den Sofortvollzug veranlassen können, Herr Wulff. Sie haben aber folgendes Problem: Sie haben die Chancen des Nordwesten Niedersachsens dramatisch versemelt. Das wird Ihnen in den nächsten Tagen mit in Rechnung gestellt werden.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Meine Damen und Herren, ich darf kurz unterbrechen und unsere Gäste aus der Steiermark mit Präsident Schrittwieser an der Spitze herzlich willkommen heißen.

(Beifall im ganzen Hause)

Nun hat Herr Kollege McAllister das Wort.

David McAllister (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Jüttner, Sie und die Sozialdemokraten sind wahrlich schlechte Ratgeber, wenn es um die Umsetzung von Infrastrukturvorhaben geht. Das größte Vorhaben Ihrer Regierungszeit war das heute bereits mehrfach angesprochene Emssperrwerk. Ich halte nur fest, damit wir die Fakten kennen: 10 Jahre haben Sie vom Antrag auf Planfeststellung bis zur Beilegung der letzten Rechtsstreitigkeit gebraucht. Es gab 17 Eilverfahren und 18 Hauptsacheverfahren. Sie haben ein Jahr Baustopp und Mehrkosten von insgesamt 18,6 Millionen Euro zu verantworten. Das ist Ihre verheerende Bilanz. Und trotzdem, nachdem Sie in Ihrer Regierungszeit so versagt haben, stellen Sie sich hier hin und meinen, dieser Regierung Vorwürfe machen zu können, was die Umsetzung von Infrastrukturvorhaben angeht!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich bin überzeugter Parlamentarier. Einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu beantragen, ist das gute Recht der Opposition. Deshalb haben wir der Einsetzung seinerzeit auch zugestimmt.

(Zurufe von der SPD)

Der Untersuchungsausschuss hatte zwei Fragen zu beantworten. Erstens. Ist es bei den Planungen zum JadeWeserPort zu Verfahrensverzögerungen gekommen?

(Zuruf von der SPD: Aber wie!)

Zweitens. Hat es unzulässige Eingriffe in das Vergabeverfahren gegeben?

(Zurufe von der SPD: Jawohl!)

Ich muss Ihnen sagen: Beide Fragen lassen sich eindeutig mit einem Nein beantworten. Der Untersuchungsausschuss hat Aufklärung gebracht.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP - Widerspruch bei der SPD)

Herr Aller hat selbst gesagt: Der Zeitplan sah 2010, 2011, 2012 vor. - Diesen Zeitplan werden wir mit Sicherheit einhalten. Es liegt nun in den Händen des Oberverwaltungsgerichts.

Ich will ein Zweites sagen, im Anschluss an das, was Kollege Bode und Kollege Dinkla gesagt ha-

ben. Meine Damen und Herren von der Opposition, Ihnen ist es in den letzten Wochen nicht gelungen, Beweise für Ihre Vorwürfe gegen die Landesregierung und gegen Mitarbeiter zu finden.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Lesen Sie eigentlich Zeitung?)

Stattdessen haben Sie mit Begriffen operiert: „Rechtsbeugung“, „Rechtsbruch“, „Manipulation“, „Korruption“. Es war ein übles Gemisch aus Halbwahrheiten, Unwahrheiten, Gerüchten. Herr Jüttner, ich finde, Sie hätten heute endlich einmal Größe zeigen und sich bei Wirtschaftsminister Hirche für diese ungeheuerlichen Vorwürfe entschuldigen sollen, die Sie nicht beweisen können.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP - Widerspruch bei der SPD)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, wir wissen sehr wohl, in welcher verzweifelter, aussichtsloser Lage der Oppositionsführer elf Tage vor der Landtagswahl ist.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Oh!)

Wissen Sie, Herr Jüttner, das ist Ihr Problem in diesem ganzen Landtagswahlkampf: Sie stehen für permanentes Nörgeln, Miesmachen und Schlechtreden. Ich finde es nach wie vor ungeheuerlich, dass Sie es trotz Ihrer aussichtslosen Wahlkampfsituation nicht lassen können, das größte Infrastrukturvorhaben des Landes Niedersachsen in den Dreck zu ziehen und kaputtzureden. Aber das lassen wir Ihnen nicht mehr durchgehen!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zuruf von der SPD: Das ist doch albern! - Widerspruch bei der SPD)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

David McAllister (CDU):

Herr Jüttner, Sie sind von Ihrem ganzen Naturell her ins Scheitern verliebt. Am 27. Januar werden Sie Ihre Liebe erfüllt sehen und scheitern.

Der JadeWeserPort ist bei dieser Landesregierung von CDU und FDP in den besten Händen. Wir werden nach dem 27. Januar den ersten Rammschlag vornehmen, wir werden den Hafen in Betrieb nehmen, und wir werden uns dabei nicht von

der Opposition behindern lassen. - Herzlichen Dank.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP - Anhaltende Zurufe von der SPD)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Jetzt hat der Kollege Hagenah für zwei Minuten das Wort.

Enno Hagenah (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr McAllister, wer vorliegende Beweise für Rechtsbrüche partout nicht wahrhaben will, ist Teil des Problems und nicht Teil der Aufklärung.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Herr Minister Hirche, Hochmut kommt vor dem Fall. Die Empfehlung der Bußfertigkeit, die Sie uns gegenüber geäußert haben, fällt in voller Schwere auf Sie zurück.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Herr Hirche, Sie haben uns gerade wieder erklärt, wie sehr Sie den Zusagen von Herrn Wendt glauben, was den Stahl und die Termine angeht. Glauben Sie ihm denn auch die Mehrkosten in Höhe von 65 Millionen Euro, die er Ihnen berechnen will? Rechnet man diese Mehrkosten und die Kosten aus den anderen Verzögerungen zusammen und berücksichtigt dabei, dass die EU-Mittel dafür nicht fließen, kommt man sehr schnell auf einen Betrag von 100 Millionen Euro, der aus unserer Sicht schon jetzt beim Hafenbau verloren ist.

Dass die Bundesmittel in Höhe von 89 Millionen Euro nicht fließen, haben Sie zu verantworten. In der Zeit, in der Sie hier regieren, haben die Hamburger für die Zufahrt zu ihrem Hafen einen 220-Millionen-Euro-Zuschuss beim Bund durchgesetzt. Sie hingegen haben einen bereits angekündigten Zuschuss des Bundes von 89 Millionen Euro für die Zufahrt zu unserem Hafen verloren. Das nenne ich schlechtes Verhandeln gegenüber dem Bund!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wenn wir, Herr Minister Hirche, die Zurückhaltung der Landesregierung - damit meine ich Ihre Zurückhaltung und die des Ministerpräsidenten - kritisieren, dann kritisieren wir Sie genau in Bezug auf den Moment, zu dem von bremenports mit dem Ausschluss von Bunte und der Ankerlösung vergaberechtsschädlich interveniert wurde. Zu dem Zeitpunkt hätten Sie als Eigentümer Land Niedersachsen - der Ministerpräsidenten, der Minister, Herr Werren - bei Bremen intervenieren müssen. Sie hätten Bremen sagen müssen: Eure Vertreter, nämlich bremenports, versuchen, ins Vergabeverfahren einzugreifen, und dagegen verwehren wir uns. - Aber das Gegenteil ist passiert.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

- Am 20. April - - -

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Enno Hagenah (GRÜNE):

Das reicht auch.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Kollege Bode, auch Sie haben zwei Minuten Redezeit. Bitte schön!

Jörg Bode (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben gerade wieder einmal den doppelten Hagenah erlebt. Auf der einen Seite kritisiert er, wir hätten nichts getan, und auf der anderen Seite wirft er uns vor, wir hätten in das Vergabeverfahren eingreifen sollen. Ich kann Ihnen nur sagen: Die Niedersächsische Landesregierung hat sich streng an das Vergaberecht gehalten.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU - Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie hat die Vergabe auf der Grundlage der bestehenden Verträge von der Gesellschaft durchführen lassen.

Nun zu Ihnen, Herr Jüttner. Es ist schon spannend, welche Ratschläge - Stichwort „Sofortvollzug“ - Sie hier geben. Wir haben das beim Emssperrwerk

erlebt. Dort hat man auf Sie gehört, und es sind nicht nur 20 Millionen Euro versenkt worden, sondern es hat auch einen Baustopp von einem Jahr gegeben. Und Sie fordern uns nun auf, es anders zu machen!

Meine Damen und Herren, der Sofortvollzug ist angeordnet. Er wird auch umgesetzt, nachdem im Eilverfahren über die Klage gegen den Sofortvollzug entschieden wird. Ich habe einmal geprüft, wie das andere machen. Ich habe eine Pressemitteilung der Fraport AG vom 4. Januar 2008 mitgebracht. Darin geht es um das größte Investitionsprojekt Hessens. Darin sagt man:

„Vor Baubeginn will Fraport die Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofes in Kassel in den angekündigten Eilverfahren abwarten.“

Sind das denn dort alles Dummköpfe?

Ich habe einmal nachgesehen, wer dort im Aufsichtsrat sitzt. Da haben wir den stellvertretenden Landesbezirksleiter von ver.di, wir haben aber auch Herrn Lothar Klemm, Mitglied des Hessischen Landtags, Staatsminister a. D. (SPD), Herrn Jörg Hennerkes, Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (SPD).

Weil die das so machen, habe ich mich gefragt: Wie macht das eigentlich Kurt Beck, Ihr großer Bundesvorsitzender? - Ich habe in Rheinland-Pfalz nachgefragt, wie man das beim Bau von Bundesautobahnen oder bei dem Flughafen Hahn gemacht hat. In Rheinland-Pfalz hatte man einmal das gleiche Problem wie Sie beim Emssperrwerk. - Ich kann Ihnen sagen: Man wartet seitdem die Entscheidung im Eilverfahren ab.

Wir können uns Wolfgang Jüttner nicht länger leisten. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Besprechung.

Die Antrag stellenden Fraktionen haben zu Punkt 2 den Wunsch geäußert, die Zweite Beratung unmittelbar an die Erste Beratung anzuschließen. Bevor ich über den Antrag in der Drucksache 4366 ab-

stimmen lasse, frage ich zunächst - der guten Ordnung halber und unter Hinweis auf die Regelungen in unserer Geschäftsordnung -, ob Ausschussüberweisung beantragt wird. - Das ist nicht der Fall.

Wir stimmen daher jetzt über den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 4366 ab. Wer ihm zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist abgelehnt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende einer erwartungsgemäß etwas turbulenten Sitzung angelangt. Ich möchte allen Kolleginnen und Kollegen für die gute Zusammenarbeit in der abgelaufenen Legislaturperiode danken und wünsche allen, die wiedergewählt werden, viel Erfolg.

Ich persönlich möchte mich bei „meinem“ Präsidium und vor allem bei den Mitarbeitern der Landtagsverwaltung bedanken. Ich habe mit ihnen sehr gut und sehr gern zusammengearbeitet. Sie sind mir ans Herz gewachsen.

Meine Damen und Herren, ich wünsche Ihnen allen alles Gute. Nun kämpft mal schön! - Vielen Dank.

(Beifall im ganzen Hause)

Schluss der Sitzung: 12.06 Uhr.